

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserats für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 116.

Mittwoch, den 20. Mai 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Zur Reichstagswahl 1903.

Wähler! Aufgepaßt!

Die Wählerlisten liegen nur noch bis zum

Montag, den 25. Mai einschließlich

Werktags von Vormittags 9 Uhr

bis Nachmittags 2 Uhr,

außerdem am Himmelfahrtstage, den 21. Mai und am

Sonntage, den 24. Mai

von 11 bis 1 Uhr Mittags

im Hause

Parade Nr. 1 (Schloß Ranbau)

im Erdgeschosse aus.

Jedermann kann für sich und seinen Freund oder Bekannten Einsicht in dieselben nehmen.

Als Legitimationspapiere sind der Meldechein und für solche, die erst 25 Jahre alt geworden sind, oder es bis zum 16. Juni werden, der Geburtschein mitzunehmen, damit der Betreffende falls er nicht in den Listen verzeichnet steht, sofort an Ort und Stelle reklamieren kann.

Zu empfehlen ist, daß jeder Wähler bei Einsichtnahme sich die Nummer, unter der er in der Liste verzeichnet steht, merkt, damit er bei der Wahlhandlung dieselbe dem Wahlvorsteher nennen kann und so zur Erleichterung und Beschleunigung der Wahlhandlung beiträgt!

Nur der ist wahlberechtigt, der in der Wählerliste verzeichnet steht.

Surrah, der sechste Kandidat ist da! Bekanntlich rangen in Lübeck bisher 5 Kandidaten um die Palme des Sieges, zum nicht geringen Leidwesen aller Derer, die an dem Zustandekommen eines Kompromisses theilhaftig waren. Nunmehr ist auch noch der sechste Kandidat hinzugekommen; die Katholiken haben nämlich beschlossen, den Rechtsanwalt Dr. Bitter in Kiel als Zentrumskandidaten aufzustellen. Das Amtsblatt schreibt hierzu:

Man gelangte zu diesem Entschluß, weil man glaubt, daß nur auf diese Weise die katholischen Arbeiter, Saisonarbeiter, Polen etc., die von sozialistischer Seite manusegeleitet bearbeitet werden, wirksam von der Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidatur abzuhalten seien. Man ging bei der Aufstellung der Kandidatur von dem Standpunkte aus, daß durch dieselbe die Aussicht auf eine Stichwahl nur noch gesteigert werde und daß deshalb die Kandidatur geradezu im Interesse der bürgerlichen Parteien liege. In einer Zuschrift, die uns vorliegt, wird der sicheren Hoffnung Ausdruck gegeben, daß durch die durchgeführte Agitation unter den katholischen Arbeitern der Sozialdemokratie wenigstens einige hundert Stimmen entzogen werden.

Hier ist wohl zunächst die Frage am Platze, wer bezahlt denn die Kosten für diese rührige Agitation? Wenn man sich den Zweck dieser sechsten Kandidatur, es zur Stichwahl zu bringen, vergegenwärtigt, dann kommt man zu ganz eigenartigen Gedanken. — Nun, unsere Genossen werden durch energische Propaganda auch unter den katholischen Arbeitern dafür Sorge tragen, daß sich die Hoffnung, der Sozialdemokratie könnten wenigstens einige hundert Stimmen entzogen werden, nicht erfüllt. Sie werden vielmehr auch die katholischen Arbeiter darüber aufklären, daß den herrschenden Klassen die Religion nur Mittel zum Zweck ist und daß alle Arbeiter, einerlei, ob sie Katholiken, Protestanten, Juden etc. sind, am 16. Juni das gemeinsame Interesse haben, dem Kandidaten der Sozialdemokratie

Johann Karl Theodor Schwark

gleich im ersten Wahlgang zum Siege zu verhelfen.

So ist's recht! Der Andrang zur Einsichtnahme in die Wählerlisten war am gestrigen ersten Tage ein außerordentlich großer. Nicht weniger als ca. 850 Wähler haben entweder selbst oder ließen durch Beauftragte die Listen einsehen. Wir können nur empfehlen, die Einsichtnahme so bald wie möglich vorzunehmen. Das liegt im Interesse eines jeden Wählers.

J. St.

Die Arbeiter und die Wahlen.

Wp. Arbeiter, befinnt euch auf euch selbst! Seht, wie sich im Wahlkampf alle um die Macht reißern. Nicht umsonst verläßt der Kapitalist seine Geschäfte und seine Gesellschaften und begiebt sich in die Wahlversammlung; nicht umsonst läßt sich der befehlshaberische, hochnäsige Junker dazu herbei, in Versammlungen, Flugblättern, Zeitungen vor dem „Böbel“ sein politisches Programm zu entwickeln; nicht umsonst ereifern sich katholische und protestantische Pfaffen, die Pharisäer und Schriftgelehrten der herrschenden Kirchen und Synagogen; nicht umsonst arbeitet die offiziöse Presse mit Hochdruck und schreiben hohe Staatsbeamte Agitationschriften! Wegen Kleinigkeiten legen sich diese Herrschaften keine Strapazen auf — es stehen offenbar große Interessen auf dem Spiele. Es sind rauhe Zeiten: Wer nicht schreit, den hört man nicht. Wer nicht seine Ellenbogen gebraucht, um sich Platz zu schaffen, kommt unter die Räder. Wer sich fügt, den drückt man.

Arbeiter, Ihr habt ein Interesse an den Wahlen, wie jeder Bürger, und Ihr habt ein besonderes Interesse an den Wahlen.

Ihr habt ein Interesse daran als Steuerzahler. Man wartet nur auf den Augenblick, wo die Regierungsmehrheit gesichert ist, um euch neue Verbrauchssteuern aufzuladen. Die fetten Jahre hat die Flotte gewessen, die mageren Jahre freffen das Volk. Das ganze Gewicht der Panzerplatten drückt auf den Staatsfädel, und den Staatsfädel trägt das Volk auf dem Buckel.

Ihr habt ein Interesse daran, soweit Ihr euch nicht die notwendigsten Nahrungsmittel vertheuern lassen wollt. Treibt man die Schutzollpolitik weiter, wie bis jetzt, so wird bald das Weizenbrot nur noch auf den Tisch der Reichen gelangen können, während Fleisch, Milch, Eier von der ärmeren Bevölkerung nur noch als Krankenloft werden gebraucht werden.

Ihr habt ein Interesse an den Wahlen, soweit Ihr ein Interesse habt an der industriellen Entwicklung Deutschlands. Man will sich durch Zölle gegen alle Welt abschließen und man macht sich alle Welt zu Feinden. Man vertheuert die Produktion im Lande durch eigene Zölle und die Ausfuhr nach dem Auslande durch fremde Zölle. In dessen die fremden Märkte unter der Wirkung dieser doppelten Zölle desto schneller sich vom deutschen Einfluß freimachen, wird der inländische Markt den Handelsartikeln ausgeliefert, die die Produktion einschränken, um die Preise zu steigern. Es wird eine Wirtschaft, bezw. Handelspolitik der Volksauspöterung in ihrer bornirtesten und brutalsten Form getrieben. Die Preissteigerung und der Preisunterschied werden schließlich aus dem Arbeiter herausgeschunden.

Ihr habt ein Interesse an den Wahlen als Soldaten und Rekruten. Welche ungeheure Gefahr — eine Armee von einer Million Soldaten in den Händen einer Regierung, die das Vertrauen des Volkes nicht genießt! Ein Zufall, eine Laune — und der Friede ist gebrochen, Hunderttausende ziehen auf die Schlachtfelder, um nicht wieder zu kehren, Handel und Industrie sind lahmgelegt, das Volk verblutet, verarmt, das Land wird verwüstet. Die Armee in den Händen einer solchen Regierung ist eine stehende Gefahr des Friedens und eine fortgesetzte Provokation zum Bürgerkrieg.

Das Interesse als Steuerzahler habt Ihr gemeinsam mit dem gesamten Volk in Stadt und Land. Das Interesse an den billigen Nahrungsmitteln mit der gesamten städtischen Bevölkerung, mit den Tagelöhnern und Kleinbauern auf dem Lande und mit allen einsichtigen Landwirthen, die den Zweck der Landwirtschaft nicht in der Auswucherung, sondern in der Sättigung des Volkes erblicken, ihre Förderung also nicht im Brodwucher, sondern in der Erweiterung des Brodkonsums, nicht in den Zöllen, sondern in der Schuldenlastung des Bodens, nicht in den niedrigen Arbeitslöhnen, sondern in der Steigerung der Produktivkraft des Bodens sehen. Das Interesse an der industriellen Entwicklung bringt Euch sogar mit Eueren Ausbeutern, den Fabrikanten, soweit sie nicht an dem Volkswucherpaß theilnehmen, zusammen. Der Kampf gegen den Militarismus liegt im Interesse des gesamten arbeitenden Volkes. Außerdem habt Ihr, wie jeder Kultur Mensch, ein Interesse daran, daß die Schule nicht dem Wucherthum ausgeliefert, die wissenschaftliche Forschung nicht durch Rechnungsträgerei erstickt werde und jeder Willkür, jeder Mißachtung der Persönlichkeit ein Riegel vorgeschoben werde.

Über alle diese Interessen hinaus, so wichtig sie auch sind, habt Ihr noch Euer besonderes Arbeiterinteresse.

Wenn alle gerechten Forderungen auf den oben erwähnten Gebieten erfüllt werden, so wird gewiß Jedermanns Existenz im Staate leichter und freier, aber das Arbeiterelend bleibt dennoch. Wird auch das Brod billiger, so bleibt doch der Hungerlohn, oder jedenfalls ein Lohn, bei dem eine menschen-

würdige Existenz unmöglich ist. Werden auch die Wissenschaft und die Schule frei vom pfäffischen Einfluß und von der polizeilichen Bevormundung, so fehlt es dem Arbeiter doch an Zeit und an Mitteln, um die Wissenschaft zu pflegen und seine Kinder studieren zu lassen. Die Arbeiter müssen vor allem darauf bedacht sein, ihre ökonomische Lage, ihre soziale Stellung zu ändern. Das ist ihr Klasseninteresse, und darin sind sie auf sich selbst angewiesen.

Der Arbeiter trägt heutzutage nur die Last der Produktion, an ihren Segnungen nimmt er nicht theil. In der Fabrik hat der Besitzer alle Rechte, der Arbeiter ist selbst nur ein gekaufter Gegenstand, wie die Maschine. Er wird mit einem Lohn abgefunden und hat sonst nichts dreinzureden, und da sich um den Lohn Hunderttausende reffen, so wird er zum Hungerlohn. Der Arbeiter mag 20 Jahre in dem Geschäft gewesen sein, so kann er doch ohne weiteres aufs Pflaster geworfen werden. Wird er krank, so riskirt er seine Stellung. Und alles, was die Arbeiter geschaffen haben, entzieht sich ihrer Kontrolle. Enorme Reichthümer werden von den Kapitalisten vergeudet, verschleudert, über alle Meere geworfen, — aber kein Mensch darf dreinreden, denn es ist ihr „Privateigenthum“. Zahllose Menschen werden zum Militärspiel, zur Kriegsgewinnindustrie, zur Fabrikation von Luxusartikeln und zum Goldgraben vergeudet, zahllose andere dazu, China mit Eisenbahnen und die Kaffern mit Ballonmützen und Hemdentragen zu versehen, — indeffen in der zivilisirten Welt die Arbeitermassen das Nothwendigste entbehren. Es wird nicht anders, bis nicht das gesamte arbeitende Volk zum Eigentümer der Fabriken, Bergwerke und des Grund und Bodens wird. Die Arbeiter haben mit den Kapitalisten einen Kampf um den Besitz der Produktion auszufechten. Wenn die Arbeiter ihre soziale Stellung ändern wollen, so müssen sie die gesamte gegenwärtige soziale Ordnung ändern. Sie sind dabei im letzten Grunde nur auf ihre eigene Kraft angewiesen und haben die besitzenden Klassen zu Feinden.

Darum wiederholen wir: Arbeiter, befinnt euch auf euch selbst!

Die Ausführung der Forderungen, die die Arbeiter mit den anderen Klassen der Bevölkerung gemeinsam haben, ist die Verwirklichung der Demokratie. Die Ausführung der ökonomischen Klassenforderungen der Arbeiter ist der Sozialismus. Beides zusammen bildet den Inhalt der Sozialdemokratie.

Die Arbeiter haben bei den Wahlen dafür zu sorgen, daß die reaktionäre Mehrheit zu nichte wird, sie haben aber noch mehr dafür Sorge zu tragen, daß ihre eigene Partei, daß die Sozialdemokratie möglichst stark aus den Wahlen herauskommt!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wider die Gewerkschaften wird jetzt wieder einmal auf der ganzen Linie gehetzt. Anknüpfend an die Meldung, daß mehrere deutsche Gewerkschaften, darunter der Buchdruckerverband, zu den Kosten des holländischen Generalstreiks 12 129 Mk. beigetragen haben, schrieb die „Preussische“, dies Verhalten lehre, daß gerade die Gewerkschaften das Rückgrat der internationalen Sozialdemokratie seien, daß es nichts Besseres geben könne, als diese Organisation von Reich wegen anzuerkennen und ihnen öffentlich-rechtliche Befugnisse beizulegen. Ähnliche Ergüsse haben andere Ordnungsbücher gebracht. Im Hintergrund lauert das Verlangen nach einer neuen Zuchtanweisung. Alle diese Ergüsse zeigen also, daß das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in einem reaktionären Reichstage die schwerste Gefahr laufen würde. Der Gewerkschaftler, der bei dieser Situation nicht alles daran setzen würde, die Sozialdemokratie im kommenden Wahlkampf nach Kräften zu fördern, der müßte allerdings mit Blindheit geschlagen sein!

Ein werthvolles Eingeständniß. Es ist bekannt, mit welchem Eifer besonders seitens der Freisinnigen Volkspartei die Mär verbreitet wird, die Sozialdemokraten hätten durch ihre Obstruktion den Sieg der Volkswucherer herbeigeführt. Um so interessanter ist es nun, daß jetzt selbst von völkereparatistischer Seite aus die Wichtigkeit der Haltung der Sozialdemokratie eingestanden wird. In einer Berliner Korrespondenz der „Frankf. Ztg.“ heißt es:

Und was ist durch den Rechtsbruch erreicht worden? Es ist nur die sofortige parlamentarische Niederlage und Blamage der Mehrheit und der Regierung vermieden worden und der friedliche Zustand im Reich des gerühmten großen Wertes, von dem wahrscheinlich mancher Vater heute schon wünscht, daß er nie begonnen hätte. Sachlich war der lärmende Sieg doch nur eine verschleierte Niederlage, ein Aufschub, eine Verdrögerung der Entscheidung, mehr nicht.

Was ist das anderes, so bemerkt dazu die „Frankfurter Volksstimme“ als das Eingeständniß von der vollen Wirksamkeit der sozialdemokratischen Obstruktion gegen den Volkswucher? Wenn die Kardoffläche mit der Leg. Nichtig-

nur eine „sofortige Niederlage“ und einen sofortigen Zusammenbruch“ des Volkswuchers verhängte, so muß die Obstruktion unserer Fraktion ganz nahe am Ziele gewesen sein, das sie einzig im Auge hatte: das Scheitern des Budgetgesetzes. Und umgekehrt muß das Niederschlagen der Obstruktion durch die beispiellosen parlamentarischen Rechtsbrüche im letzten Augenblicke, also der frevelhafte Sieg des Volkswuchers in letzter Stunde, erleichtert worden sein durch die ungläubliche Theilnahmlosigkeit der bürgerlichen Demokratie für einen Kampf, bei dem es das Höchste galt und in dem auch die Anwendung der letzten geschäftsmäßigen Obstruktionsmittel aller Wilderheit und „Bornehmheit“ zum Trost erlaubt, ja geboten war. Die „Frankf. Ztg.“ hat sich ein Verdienst erworben, daß sie dies jetzt endlich und noch in den letzten Wahlwochen, feststellte. Die Wähler werden die Konsequenz daraus ziehen.

Das soziale Kaiserthum der Hohenzollern. „Eine von wahrhaft christlichem Geiste getragene soziale Gesetzgebung verlinket den Ruhm des sozialen Kaiserthums der Hohenzollern für alle Zeiten. . . . Kein Land der Welt hat, das dürfen wir mit Stolz sagen, in ähnlicher Weise dem Grundgesetz zur Geltung verholfen, den wirtschaftlich Schwachen gegen Ausbeutung, Gefahren des Berufs, Krankheit und Siechthum und die Sorge des Alters zu schützen, als gerade das unsrige. . . . Unbekümmert um den kleinsten Haß einer umsturzlästernen Sozialdemokratie, gegen deren Stimmen fast alle großen sozialen Reformgesetze im Reichstage durchgesetzt werden mußten, haben wir das erreicht.“ Diese Sätze liest man in einem Prosa- und konservativen Geistes, das in Berlin und an anderen Orten zu Wahlzwecken in die Massen geworfen wird. Welcher grobe Schwindel in der Behauptung steht, die Sozialdemokratie sei eine Gegnerin der sozialen Reformen, ist bereits gründlich genug gesagt worden. Mit demselben Rechte, mit dem man die Sozialdemokratie als Gegnerin der Sozialreform hinzustellen versucht, weil ihr die staatliche Sozialreform nicht weit genug geht, könnte man die Agrarier für Gegner des Volkswuchers erklären, weil sie gegen Volkswuchers stimmen, die ihre weitergehenden Wünsche nicht befriedigten. Es lohnte sich nicht, schreibt der „Borm.“ dazu, auf diesen plumpen Schwindel noch einmal die Rede zu bringen, wenn nicht soeben ein gelehrter Professor ein Buch veröffentlicht hätte, in dem das „soziale Kaiserthum der Hohenzollern“ ganz anders gewertet wird, als es in den marxistischen Klammern der reaktionären Kandidaten geschieht. In seiner „Neuen Staatslehre“ schreibt der berühmte Wiener Jurist A. Menger wörtlich:

„Die Regierungen, gleichviel welche Staatsform in ihren Ländern bestehen mag, müssen sich daran gewöhnen, in der sozialen Bewegung eine fortschreitende Machteroberung durch die besitzlosen Volkstassen zu erblicken. . . . Mit gutem Grund hat das Proletariat aller Länder eine solche fortschreitende Machtentwicklung seit jeher höher geschätzt als die bloße Versorgung mit wirtschaftlichen Gütern. Deshalb ist die Stellung des Arbeiterstandes zu der geltenden Staatsordnung in England und in Frankreich viel günstiger als in Deutschland, wo der Staat zwar in der Arbeiterversicherung ein großes System wirtschaftlicher Fürsorge zu Gunsten der arbeitenden Volkstassen entwickelt, zugleich aber durch Ausnahmegeetze und Polizeidruck jenen natürlichen Prozeß der Machteroberung fortwährend gehemmt hat. Denn die den Arbeitern gewährte wirtschaftliche Fürsorge kann jederzeit durch Lebensmittelpreise, Steuererhöhungen, Ausfuhrprämien und ähnliche den oberen Klassen gewährte Begünstigungen wieder verringert oder gar aufgehoben werden; eine gesicherte und staatlich anerkannte Machtstellung ist dagegen für die unteren Volkstassen ein Vortheil, aus dem für sie fortwährend neue politische und ökonomische Fortschritte hervorgehen.“

Wann die herrschenden Klassen aus dem bishigen Sozialreform, das ihnen ja, nach Bismarck berühmten Gehändnis, ohnehin nur die Furcht vor der Sozialdemokratie abgepreßt hat, ein ewiges Bevormundungsrecht über die arbeitende Klasse ableiten, so wird ihnen auf diese herrschenfreudige Anmaßung das Volk am Wahltage die gebührende Antwort sagen.

Der Bundesrath hat Montag den Beschlüssen des Reichstages zu dem Entwurf eines Gesetzes betreffend weitere Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes sowie dem Ansuchen betreffend den Zollverwaltungskostenetat für die Freie und Hansestadt Hamburg und ferner dem Antrag der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt auf Erweiterung der Leistungen gemäß § 45 Absatz 1 des Invalidenversicherungsgesetzes die Zustimmung erteilt.

Die Vernichtung des Mittelstandes beabsichtigt bekanntlich, wie alle Wahlsieger, Eugen Richter voran, beizubringen, die Sozialdemokratie. Wie das die Sozialdemokratie anfangen soll, selbst wenn sie solchen Ansum wolle, das bleibt freilich ein dunkles Geheimnis. Inzwischen aber werden die Sozialisten im Eugen Richter-Sinne Sozialdemokraten und vernichten sehr energisch den Mittelstand. Dem Jahresbericht 1902 der Rottweiler Handelskammer entnehmen unser Statistiker Blatt die folgenden Angaben:

„Jung verwahten mit dem Geschäftsgang der großen Uhrfabriken ist der Geschäftsgang der vielen kleinen und mittleren Betriebe, die für die Uhrenindustrie arbeiten, wie die Uhrenbestandtheilmacher, die Uhrschaffmacher, die Kartongemacher, die Mehrzahl der mechanischen Werkstätten. Diese Betriebe hatten zwar meistens genügend zu thun, jedoch macht sich für die Bestandtheilmacher und Kartongemacher bemerkbar, daß die Uhrfabrikanten mehr und mehr die Fabrikate auf alle Bestandtheile auszu dehnen versuchen, und sie hatten ferner wie schon im Vorjahre darunter zu leiden, daß ihre Abnehmer, die Uhrfabriken, da sie selber an ihrem Fabrikat wenig verdienen, auch für die von Hilfsbetrieben bezogenen Artikel keine guten Preise zu bewilligen vermochten.“

Da wird wohl für die Sozialdemokratie nicht viel zur Bewahrung übrig bleiben!

Aus der Wahlbewegung. Als Kandidat der preussischen Volkspartei für den 8. Wahlbezirk des Reichstagswahlkreises (Altona-Storkow) ist Justizrat Albert Truger-Berlin aufgestellt worden. — Der Wahlaufruf der jüdischen Volkspartei ist erschienen. Sein Inhalt unterscheidet sich wenig von den Wahlanfragen des norddeutschen Freiums. — Eine konservative

Wählerversammlung in Elbing hat an Stelle des Rechtsanwalts Stroh, der seine Gegenkandidatur gegen den Wähler Oberburg aufgegeben hat, weil ihm persönliche Motive untergeschoben wurden, den Professor Dr. Feidenheim in Marienburg aufgestellt. — In einer Zentrumswählerversammlung in Köln wurde der bisherige Reichstagsabgeordnete Justizrat Karl Trimborn wiederum als Reichstagskandidat aufgestellt. — Als Zentrumskandidat für den Reichstagswahlkreis Münster, Coesfeld ist Freiherr von Hertling aufgestellt worden. — Eine in Wolfenbüttel stattgehabte Versammlung von Landwirthen erklärte mit Ausnahme eines Herrn ihren Austritt aus dem Bunde der Landwirthe und sprach sich gleichzeitig für die Kandidatur Kaufmann (N.) aus.

Im Leipziger Bierhofkott ist es zwischen den theilweiligen Parteien zu einer Einigung gekommen, welche aber noch der Sanktion durch eine große Versammlung, die am heutigen Dienstag stattfinden wird, unterliegt. An der endgültigen Erledigung der Sache ist nicht zu zweifeln. Ueber die Friedensbedingungen haben sich die Parteien noch Schweigen auferlegt.

Keine Auslieferung an Rußland. Der russische Sprachlehrer Bogowski, der wegen Einmischung rhabifalpolnischer Schriften vor 14 Tagen in Myslowitz in Oberschlesien verhaftet wurde, wird nicht, wie seinerzeit der russische Student Kalajew, ausgeliefert werden, sondern er hat die Aufforderung erhalten, Preußen zu verlassen. — Bekanntlich hat die Auslieferung politisch Verdächtigter an die russische Polizei im Reichstage eine sehr scharfe Kritik erfahren, die, wie man sieht, nicht ohne Wirkung geblieben zu sein scheint.

Der Gesamtverband deutscher Konsumvereine trat Sonntag in Dresden zu seiner ersten Tagung zusammen. 7 Verbände, 302 Konsumvereine mit 621 Delegierten und die Großverkaufsgesellschaft in Hamburg sind vertreten. Die Vorgänge, die zu dem Zusammenschluß der Konsumvereine geführt haben, dürften noch in aller Erinnerung sein: Der brutale Vergewaltigungsversuch gegen 98 Konsumvereine auf dem Allgemeinen Genossenschaftstage in Kreuznach im August vorigen Jahres. Die dort ausgebrochenen und die Vertreter zahlreicher anderer Vereine, die sich mit ihnen solidarisch erklärten, ernannten sofort eine Kommission zur Vorbereitung eines neuen Verbandes, der nunmehr ins Leben getreten ist. In den Vorstand wählte der Gesamtverband: Barth München, Nadeffock Dresden, Schmüdchen-Hamburg, in den Ausschuß v. Elm-Hamburg, Poppig-Breslau, Staudinger-Darmstadt. Angenommen wurde eine Resolution, die von den Regierungen eine unparteiische Behandlung der Konsumvereine verlangt.

Ueber eine neue Blüthe des Submissionswesens, über das schon so viele berechtigte Klagen laut wurden, ist von Saarbrücken zu berichten. Der Eisenbahndirektor hatte seiner Zeit die zum Erweiterungsbau des Bahnhofs Schleifmühle nötigen Erdbewegungsarbeiten — rund 100 000 Kubikmeter — an den Mindestfordernden, einen auswärtigen Unternehmer, und zwar zum Preise von 65 Pfg. pro Kubikmeter vergeben, während hiesige Fachleute den normalen Preis auf 1 Mk. 20 Pfg. pro Kubikmeter taxierten. Nun ist der betreffende Unternehmer, der die Unmöglichkeit der Durchführung der Arbeiten unter den eingegangenen Bedingungen allmählich eingesehen haben mochte, nach vorheriger Erhebung seines Guthabens verschwunden, ohne den Arbeitern ihre rückständigen Löhne zu zahlen. Infolgedessen sammelten sich die armen Opfer des gewissenlosen Menschen größtentheils Italiener, dieser Tage vor dem technischen Gebäude der Eisenbahndirektion und verlangten stürmisch ihre seit zehn Tagen fällige Auslösung. Betroffen sind etwa 100 Leute, die, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, zum Schuldenmachen gezwungen waren. Nachdem von den Gläubigern 20 Prozent der Forderungen im Interesse der armen Leute nachgelassen worden waren, ist nunmehr der Rest von 80 Prozent von der Eisenbahndirektion gezahlt worden. Daß es bei der Auszahlung nicht an stürmischen Szenen mangelte, bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung. Man darf wohl annehmen, daß auch die Behörde aus diesem Vorkommniß die entsprechende Nutzenanwendung ziehen wird.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung schwebt zur Zeit gegen den Redakteur der „Leipziger Volksztg.“, Genossen Dr. Lensch. In einer Notiz unseres Leipziger Parteiorgans über den Empfangsjubelkram in Dresden zu Ehren des Königs Georg wurde eine Beleidigung des sächsischen Königs erblickt.

Kleine politische Nachrichten. Der Kolonialrath im Montag Vormittag zu einer neuen Tagung unter dem Vorsitz des Direktors der Kolonialabtheilung des auswärtigen Amtes Wirtl. Geh. Legationsraths Dr. Stübel, zusammengetreten. Die Verhandlungen fanden zum ersten Male in den Räumen der Kolonialabtheilung statt. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und gab einen Rückblick auf die kolonialpolitischen Ereignisse. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Etats der Schutzgebiete. — Der Mörder des Unteroffiziers Hiedrich von der „Lorelen“, Karoje Kohler, hat gegen das auf Todesstrafe lautende Urtheil des Oberkriegsgerichtes Revision eingelegt. — Die Gefängnis-Direktion in Hannover fordert die Hann. Allg. Ztg. auf, ihre Meldung über die Behandlung des Prinzen Arenberg im Gerichtsgefängnis zu dementiren, da sie nicht den Thatfachen entspricht. — Oberleutnant Schöppe vom schlesischen Trambataillon Nr. 6 in Breslau wurde wegen Achtungsverletzung gegen seinen Kommandeur zu zehntägigem Stubenarrest verurtheilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. — Oberleutnant v. Thümen vom 140. Infanterieregiment wurde vom Kriegsgericht der 1. Division in Inowrazlaw zu sechs Wochen und einem Tage Festung verurtheilt. Die Verurtheilung erfolgte wegen falscher dienstlicher Meldung, nämlich, wie eine erste Mittheilung besagte, wegen Sittlichkeitsverbrechens. Die Verhandlung fand öffentlich statt. — Für Ferdinand von Bulgarien nahm die Demission des Kabinetts Danew an und beauftragte den General der Reserve Petrow mit der Bildung des neuen Kabinetts. — Vom Kriegsschauplatz auf den Philippinen meldet das „Lassan-Bureau“ Leutnant Overton von der amerikanischen Kavallerie und zwei Gemeine wurden von 30 Filipinos, die erst kurz vorher von den Amerikanern gefangen genommen waren, überfallen und getödtet. Der Leutnant und die beiden Soldaten sollten die gefangenen Filipinos bewachen, wurden aber von diesen überwältigt und fielen im Kampfe

gegen die Uebermacht. Von den Filipinos fanden es falls einige im Handgemenge den Tod.

Marokko.

Die Lage ist andauernd gefährlich. Zwar haben Regierungstruppen einen Erfolg erreicht. Einem Telegramm aus Melilla zufolge griffen die Truppen des Sultans Tausend an und nahmen es im Sturm. Vorher hatten sie die Umgebung des Ortes geplündert und in Brand gesteckt. Zahlreiche Personen büßten hierbei das Leben ein. Aber spanische Regierung hat wegen der unsicheren Lage Marokko Maßnahmen zur Vertheidigung von Ceuta getroffen und wird in der nächsten Woche sechs schwere Geschütze, seit dem spanisch-amerikanischen Kriege sich in Algeriras fanden, zu Schiffe nach Ceuta senden.

Vereinigte Staaten.

Ein Massenkampf. 500 000 Arbeiter seit Sonnabend in 27 Staaten der Vereinigten Staaten im Ausstande. Der Kampf wird offenbar einerseits zwischen den beiden großen Arbeiterorganisationen, der Federation of Labour und der Central Federation Union, und andererseits der neuen Vereinigung der Arbeitgeber geführt. Letztere hoffen auf den Sieg, während mehrere Staatsgouverneure die Antistreitgesetze mit großer Schärfe gegen die Arbeiterverbände anwenden.

Australien.

Der Streik der Eisenbahner in Victoria noch nicht endgültig beigelegt. Wie aus Melbourne gemeldet wird, lehnen die Ausständigen es vorläufig ab, nachzugeben, da die Regierung zu harte Bedingungen stellt und die Leihe des Ausstandes nicht wieder einstellen will. Sie werden sich in einer Versammlung darüber entscheiden, ob sie die Arbeit wieder aufnehmen werden oder nicht.

Versammlung der Bürgerschaft.

J. St. Lübeck, den 18. Mai 1903
Vorsitzer Dr. Bremer eröffnet die knapp beschlossene Versammlung um 10 1/2 Uhr.
Nach einigen Mittheilungen des Senats wird in Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung stehen Senatsanträge.

Abänderung der Verordnung vom 1. Februar 1899 betreffend Erhebung einer Kurtaxe in Travemünde.

Dr. Meyer: Es ist freudig zu begrüßen, daß die Kurgäste bereits ab 1. Juni die Annehmlichkeiten Travemünder zu Theil werden sollen. Nicht einverstanden zu erklären aber kann ich mich mit der Verordnung des Polizeiamts, welche die Regelung des Radfahrverkehrs nach Travemünde betrifft. Hier sollte ein Radfahrweg hergestellt werden.

Senator Dr. Eichenburg: Die Sache wird dem nächst den Bürgerausschuß beschäftigen.

Dahms: Wann wird endlich mit dem Bau des Radfahrwege in der Stadt und den Vorstädten begonnen?

Der Senatsantrag wird angenommen.

Verbesserung des Travemünder Leuchtsystems.

Meincke-Travemünde: Ich bin über diesen Senatsantrag erkaunt gemessen, weil man früher doch ein Leuchtturm als unzuverlässig erachtet hat.

Senator Evers: Es handelt sich hier um ein neues System.

Vape: Ist es schon in Erwägung gezogen, ein Travemünde ein Feuerschiff zu legen? Das würde zweckmäßig sein. Wie steht es mit der Entschädigung der Privatlooten?

Senator Evers: Ein Bedürfnis für ein Feuerschiff scheint nicht vorzuliegen, da bis jetzt noch kein diesbezüglicher Wunsch geäußert worden ist.

Senator Dr. Eichenburg: In der Entschädigungsfrage ist weiter nichts geschehen. Der Senat hat ja bereits Stellung zu dieser Sache genommen.

Der Vorsitzende theilt mit, daß eine Eingabe von einem der Privatlooten vorliege.

Dobbertin: Ich wünsche eine Erklärung von juristischer Seite, ob die Ansprüche der Lootsen rechtlich begründet sind oder nicht. Es ist das allerdings Sache des Senates, die nicht in öffentlicher Sitzung verhandelt werden kann. Ferner möchte ich einmal anfragen, warum man nicht in Travemünde an Stelle des Spiritusmotor einen Gasmotor angelegt hat.

Senator Evers beantwortet die letztere Frage dahin, daß der Spiritusmotor schon angeschafft worden sei, ehe der Anschluß Travemünder an die Lübecker Gasleitung entschieden war.

Senator Dr. Eichenburg: Die Entschädigungsansprüche der Privatlooten sind rechtlich nicht als gerechtfertigt anzuerkennen.

Der Senatsantrag wird angenommen. Die Eingabe des Privatlooten Alwardt wird dem Senat überwiesen.

Abänderung des Gesetzes vom 30. November 1891 betreffend das Gewerbegericht und des Gesetzes vom 16. Juni 1890 betreffend die Einsetzung eines Einigungsamtes.

Rosenquist: Sollte es nicht zweckmäßig sein, ein Berufungsinstanz beim Gewerbegericht einzuführen?

Senator Dr. Fehling: Die Frage wird zu präzis sein, wenn es sich um die Anpassung des hiesigen Gewerbegerichtes an das Reichsgesetz handelt.

Vape: Wie denkt man sich den Vorsitzenden des Gewerbegerichts? Hat man einen Richter oder einen Herrn aus dem praktischen Leben in Aussicht genommen? Ich halte Letzteres für wünschenswerth.

Senator Dr. Fehling: Die Auffassung, daß Richter nicht im praktischen Leben stehen, muß ich zurückweisen. Die Ernennung des Vorsitzenden ist eine Personalangelegenheit des Senats.

Der Senatsantrag findet Annahme.

Ermäßigung des Hafengeldes für Schiffe auf der Fahrt zwischen Nord- und Ostsee.

Dieser Antrag wird debattelos genehmigt.

Auf: Vorschlag des Vorsitzenden wird der Senatsantrag auf

Grundwerb zur Verbreitung der Königstrafe vorweggenommen. Dieser Antrag findet debattelos Annahme.

Erlaß eines Gesetzes, betr. die Baufluchtlinie für eine Strecke der Königstrafe und Höhenregulierung der Königstrafe.

Hierzu liegt eine Eingabe des Grundbesitzervereins vor, die eine Zurückverweisung der Senatsvorlage an eine Kommission wünscht.

Ein von Otte gestellter diesbezüglicher Antrag wird nach längerer bedeutungsloser Debatte, der schließlich durch ein Schlussantrag ein Ende bereitet wird, abgelehnt.

Die Senatsvorlage wird nach Ablehnung einer ganzen Reihe Abänderungsanträge angenommen. Damit ist ein in voriger Sitzung der Bürgerchaft gefasster Beschluss aufgehoben worden.

Regelung des an die Staatskasse von der Kreisgemeinde Borwerk zu leistenden Beitrages zu den Schullasten.

Hempel zur Geschäftsordnung: Nachdem Sie nahezu 2 Stunden über das Königstragen-Gesetz debattiert haben, bitte ich Sie, die übrigen 16 noch zur Berathung stehenden Punkte nicht übers Rnie zu brechen.

Der Senatsantrag wird angenommen. Regelung der Armenlasten bei der Eingemeindung eines Theiles der Landgemeinde Borwerk in die Stadtgemeinde Lübeck.

Dieser Antrag findet Annahme.

Bau eines Zentralgefängnisses.

Dr. Neumann: Ich beantrage Kommissionsberathung, da ein Punkt vorhanden ist, der nicht genügende Würdigung gefunden hat. Dieser Punkt betrifft die Einzel- und Gemeinschaftshaft. Erstere muß die Grundlage des Strafvollzuges bilden. Redner beruft sich hier auf das Werk des Gefängnisdirektors Krohne über das Gefängniswesen. Krohne spricht sich entschieden für Einzelhaft aus. Da dieser aber in der Vorlage nicht genügend entprochen sei, ersucht Redner um Annahme seines Antrages, da die Sache ja auch nicht eine so große Eile habe.

Senator Dr. Schön: So außerordentlich eilig ist allerdings die Sache nicht. Es freut mich aber, daß von keiner Seite behauptet worden ist, wir bräuchten noch kein neues Gefängnis. Hierüber sind wir uns also einig. Hier ist auch eine andere Meinung ausgeschlossen, wie uns die Zustände im Marstall lehren. Dort sind 7-8 Leute in einer Zelle untergebracht, die dort Vergnügen, Prügeleien und andere Sachen inszenieren, über die hier in der Öffentlichkeit nicht gesprochen werden soll. Die strikte Durchführung der Einzelhaft ist mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten verknüpft. Wir müssen hier sowohl Einzel- als auch Gemeinschaftshaft einführen. Nicht die Abschreckung, sondern die Erziehung zur Arbeit ist bei vielen Gefangenen der Zweck der Strafe. Diese Leute sollen in der Landwirtschaft beschäftigt werden. Vielleicht kann ja auch dem Wunsche auf Einführung einer größeren Anzahl Einzelzellen entprochen werden. Lassen Sie uns aber endlich einmal mit dem Bau eines Zentral-Gefängnisses vorgehen.

Senator Dr. Stoob: Auch Herr Dr. Neumann kann der Vorlage unbedingt zustimmen. Es handelt sich hier im Prinzip um die Frage: Errichten wir auf dem Gelände der Lauerhöfer Parzellen ein neues Gefängnis oder nicht? Ich bitte um Annahme der Senatsvorlage.

Coleman: Ich bin derselben Meinung, wie Herr Dr. Neumann. Für mich handelt es sich auch um die Frage des Strafvollzuges. Wir können diese Vorlage demnach ruhig annehmen und gleichzeitig an den Senat ein Ersuchen um Vermehrung der Einzelzellen richten. Es ist auch m. E. nicht richtig, daß die Abwässer in den Müdebach geleitet werden sollen.

Pastor Evers: Hinsichtlich der Platzfrage trage ich Bedenken. Ich glaube, daß der Platz in Anbetracht der baulichen Ausdehnung Marli's noch etwas weiter von der Stadt entfernt sein könnte.

Senator Dr. Schön: Belassen Sie es ruhig bei diesem Platz, sonst kommen wir noch nach Mecklenburg hinein.

Buchwald ist gegen Kommissionsberathung, da die Mehrzahl der Bürgerchaftsmitglieder sich gar kein Urtheil über die Frage des Strafvollzuges erlauben könne.

Dr. Benda: Der Strafvollzug ist eine reine technische Frage, deshalb hat die Bürgerchafts-Kommission diese auch nicht angechnitten. Das Programm, wie es Ihnen vorliegt, ist von allen in Betracht kommenden Instanzen gutgeheißen worden. Das Gefängnis kann ja immer erweitert werden. Die Bedenken des Herrn Coleman sind hinfällig, da dieselben durch eine Sietanlage beseitigt werden.

Dr. Leberkühn: Die Fragen, die hier angeregt sind, können bei Berathung der Spezialpläne Berücksichtigung finden.

Scharff: Die Bürgerchaft ist sich einig in der Frage auf Errichtung eines neuen Gefängnisses. Wir müssen aber alles wissen, was geschaffen werden soll; es darf hier nicht immer gesagt werden: Wir verstehen das nicht! Wir müssen uns eben mit der Materie vertraut machen. Redner ist für Kommissionsberathung.

Dr. W. H. Mann: Nachdem wir den Herren Rechtsbrechern angenehme Unterkunft schaffen wollen, halte ich es für notwendig, daß wir auch der Irren gedenken. Das gehört zwar nicht hierher; ich bitte aber auch diese Sache nicht aus den Augen zu verlieren.

Dr. Neumann verteidigt seinen Antrag. Nicht für alle Fragen haben wir Sachmänner, deshalb ist dieser Grund gegen meinen Antrag hinfällig, wenn wir nicht unser ganzes parlamentarisches System über den Haufen werfen wollen.

Senator Dr. Schön bittet um Ablehnung des Antrages Dr. Neumann.

Nachdem Dr. Neumann nochmals seinen Antrag bestrawortet, wird dessen Antrag abgelehnt und die Senatsvorlage angenommen.

In nächstöffentlicher Sitzung wird sodann ein Senatsantrag, betr. einen Staatsvertrag zwischen Preußen und Lübeck bezüglich der Erhebung von Schiffsfahrts- und Flößerei-Abgaben auf dem Elbe-Grave-Kanal, berathen. Die Bürgerchaft ertheilt diesem Antrage ihre Mitgenehmigung.

Die übrigen Tagesordnungspunkte wurden zurückgestellt.

Schluß der Sitzung 2,25 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 19. Mai 1903.

Vom Maßregelungsbureau in der Fischergrube. Am Sonnabend erhielt ein Arbeiter vom Arbeitsnachweissbureau Arbeit auf der Bremer Straße in Lübeck, wo bekanntlich gestreikt wird — nachgewiesen. Nachdem ihm Letzteres bekannt geworden war, weigerte er sich als Klassenbewußter Arbeiter natürlich, die Arbeit aufzunehmen. Am Sonnabend Abend sprach er abermals im Bureau vor; hier bot ihm einer der dort anwesenden Inhaber der Knochenmühle einen Stundenlohn von 28 Pfg. Der Arbeiter beanspruchte aber den von den Streikenden geforderten Stundenlohn von 30 Pfg. Hierauf erhielt er vom Beamten des Maßregelungsbureaus die Antwort, daß

in Zukunft der Nachweis für ihn gesperrt sei. Als er trotzdem gestern Morgen um Arbeit anfragte, wurde ihm bemerkt, es sei weiter nichts da! — Der Arbeiter soll also, weil er sich weigert, seinen Kollegen in den Rücken zu fallen, mit der Hungerpeitsche bestraft werden. Wie sagte doch i. St. Wilhelm II.: „Schwerste Strafe Demjenigen, der andere an freiwilliger Arbeit hindert!“

Arbeitererzählung. Gestern Nachmittag hatte der Hafenarbeiter J. auf dem Dampfer „Dora“ das Unglück, daß ihm eine schwere Schiene auf den Fuß fiel. Der Verletzte, dem ein Zeh direkt abgeschlagen sein soll, wurde in seine im Garbereitengang belegene Wohnung geschafft. — Am Sonnabend wurden dem in der Schachtigen Bärtenfabrik beschäftigten Arbeiter Käßelau von der Kreisräthe mehrere Fingerpigen der rechten Hand abgeschritten. Heute Morgen ereignete sich nun an derselben Säge abermals ein Unglücksfall, indem sich der Arbeiter Martfeld seine rechte Hand schwer verletzte. Jedenfalls ist der Daumen verloren.

Bei der Berechnung des Zengengeldes glauben manche Leute noch ein Geschäft machen zu können. Sie berechnen sich entweder mehr Fahrgeld oder Ausgabegeld für Vertretungen u., ohne zu bedenken, daß sie sich dadurch eines Betruges schuldig machen. Kommt die Sache ans Tageslicht, dann wandern sie wegen ganz geringfügiger Beträge, die sie sich mehr haben ausahlen lassen, ins Gefängnis. Das müßte auch ein auswärtiger Prokurist erfahren. Derselbe hatte angegeben, daß er an dem fraglichen Tage, an welchem er als Zeuge fungierte, eine Vertretung habe stellen müssen. Das war aber nicht der Fall, wie sich auf Grund eingezogener Erkundigungen ergab. Trotz seiner Unbescholtenheit verurtheilte ihn die Strafkammer zu 5 Tagen Gefängnis.

Der Goldregen, der augenblicklich seine Blütenpracht entfaltete, enthält in seinen Blüthen ein gefährliches Gift, das zu schweren Erkrankungen unter Umständen sogar zum Tode führen kann. Deshalb präge man den Kindern wiederholt ein, die Blüthen dieser Pflanze nicht in den Mund zu nehmen.

Die Lübeckische Staatsangehörigkeit erwarben 64 Personen.

Ueber die Haftpflicht des Militärismus hat das Oberlandesgericht in Karlsruhe eine vom Reichsgericht beständige bemerkenswerthe Entscheidung getroffen. Bei einem Gefechtsschießen unweit des Rheins wurde ein Arbeiter durch eine Gewehrpatrone schwer verletzt. Das Unglück wurde zurückgeführt auf die Fahrlässigkeit der Offiziere hinsichtlich nicht genügender Abspernung des durch Geschosse gefährdeten Geländes. Das Landesgericht wies die Klage des Verletzten gegen den Militärismus auf Schadenersatz zurück. Das Oberlandesgericht und auch das Reichsgericht aber haben den Militärismus für haftbar erklärt.

Nicht identisch. Wir werden erucht, mitzutheilen, daß der Klempner W. Lenschow, Weberstraße 3, mit dem Klempner L., der dieser Tage vom Schöffengerichte wegen Verstörung eines Feuermelders zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, nicht identisch ist.

Handelsregister. Am 16. Mai 1903 ist eingetragen die offene Handelsgesellschaft in Firma Scharffe u. Co. (vorm. G. Scharffe) in Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter: Wittwe des Fabrikanten C. F. Scharffe, M. B. E. geb. Gerdes in Lübeck; C. F. Scharffe, Kaufmann in Lübeck. Die Gesellschaft hat am 13. Mai 1903 begonnen. Dem W. J. L. Schuldt in Lübeck ist Procura erteilt. — Am 18. Mai 1903 ist eingetragen bei der offenen Handelsgesellschaft Lübeck u. Nöhring in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter H. W. Chr. H. G. L. Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma.

Konkursöffnungen. Ueber das Vermögen des Kaufmanns G. W. Wilddegans in Lübeck, alleinigen Inhabers der Firma J. N. Nissen ist am 16. Mai abends 9 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet und der Rechtsanwalt Dr. Brehmer zum Konkursverwalter ernannt worden. Konkursforderungen sind bis zum 6. Juli anzumelden. — Ferner ist über das Vermögen des Kaufmanns A. B. E. in Lübeck, Johannisstraße 13, am 18. Mai nachmittags 2 Uhr 10 Min. das Konkursverfahren eröffnet und der Kaufmann W. H. Müller zum Konkursverwalter ernannt worden. Auch hier sind Konkursforderungen bis zum 6. Juli anzumelden.

c. Städteldorf. Freisinnige Wählerversammlungen ohne Wähler, das ist die Signatur der letzten freisinnigen Wählerversammlungen. So sollte am Sonnabend Abends im Lokale der Fadenburger Brauerei eine Versammlung stattfinden, in der ein Herr Platen aus Hamburg als Referent angezeigt war. Es waren aber nur wohlgezählte 12 Personen im großen Saale erschienen. Die Versammlung wurde gar nicht eröffnet. Gestern Nachmittag fand eine Versammlung in Ahrensböck statt, in der Herr Platen vor 23 Personen einen Vortrag hielt. In der Diskussion, die auf 15 Minuten beschränkt war, sprach ein nationalsozialer Lehrer. Die Freisinnigen haben doch ein fürchterliches Pech. Erst holen sie sich einen Hamburger und ertheilen mit einem Stab und dann fehlen die Wähler! Armer Freisinn, du bist unrettbar verloren!

Schwartau. Eine öffentliche Wähler-Versammlung findet am Freitag Abend im Gasthof „Transvaal“ statt. Referent ist Genosse Schütte aus Berlin. Parteigenossen, sorgt für einen zahlreichen Besuch.

Schwartau. Zum Streit der Arbeiter in der Bremer Knochenmühle. Bekanntlich legten am vorigen Donnerstag die Arbeiter obigen Betriebes die Arbeit nieder, weil ihnen eine minimale Lohnerhöhung von 2 Pfg. abgeschlagen wurde. Die Arbeiter erhielten im Winter 26 Pfg., im Sommer 28 Pfg.; die Arbeiterinnen 1,60 Mk. pro Tag. Wie weit ein Arbeiter mit einem solchen Lohn kommt, braucht hier nicht erst auseinanderzusetzen zu werden, ebensowenig die Berechtigung der Forderung. Letztere ist auch vom „Anzeiger für das Fürstenthum Lübeck“, der doch als amtliches Organ nicht in dem Geruch einer sozialdemokratisch angehauchten Zeitung steht, anerkannt worden. Die Arbeitgeber hofften jedenfalls, genügend Arbeitswillige zu finden. Sie haben aber die Rechnung ohne die Arbeiterchaft gemacht. Schließlich griff die Firma zu dem Mittel, den dort beschäftigten Frauen die Männerarbeit aufzubahlen. Diese aber lehnten dankend ab und legten gleichfalls am Sonnabend die Arbeit nieder. Die wenigen Arbeitswilligen sind schon in alle Winde zerstreut, so daß die Herrscher Inhaber jetzt alleine die „saubere“ und „angenehme“ Arbeit verrichten können, wenn sie — mögen. — Einer der Inhaber sagte am Sonntag Morgen der Schwartauer Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes eine Unterhandlung für Montag Morgen 10 Uhr zu. Diese aber scheiterte an der Halsstarrigkeit des in Lübeck wohnhaften Mitinhabers, der einfach erklärte: Von Lohnerhöhung könne keine Rede sein, die Streitenden möchten nur noch eine Weile auf den Daumen Lutchen. Das ist soviel gesagt: Wartet man noch ein wenig, ich

werde Euch schon mürbe machen. Eine solche Antwort also legt der Herr den bescheidenen Forderungen der Arbeiter entgegen. — Die Streikenden werden den Herren den Gefallen nicht thun; sie werden sich nicht mürbe machen lassen. Treu und fest halten sie zur Organisation und werden auch durch dieselbe den Sieg erringen!

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Im Garnisonlazareth der Ostsee-Kation in Kiel brach infolge Selbstentzündung Feuer aus, das die Feuerwehre nach einstündiger Thätigkeit löschte. Der Schaden ist unerheblich. — Im Kalk-Salzwerte Jessenitz bei Lübeck wurde dem Arbeiter Joh. Wilken der auf ein falsches Gleis gerathene Schieblarren auf die 12 Meter tiefer gelegene Sohle. Im Begriff, den Karren aufzuhalten, stürzte er mit in die Tiefe und erlitt beim Aufschlagen so schwere Verletzungen am Kopfe, daß für sein Leben gefürchtet wird. — Als Montag Mittag der 70jährige Arbeiter Friemann in Rummer bei Ludwigslust sich von der Mühle, wo er beschäftigt war, nach Hause begeben wollte, wurde er von einem Flügel der Mühle getroffen und war sofort todt.

Hamburg. Das Scheitern der Einigungs-verhandlungen im Maurergewerbe. In einer unlängst abgehaltenen öffentlichen Maurerverammlung war der Beschluß gefaßt worden, zum Zwecke eines einheitlichen Vorgehens bei der diesjährigen Lohnbewegung im Baugewerbe eine Einigungskommission einzusetzen, welche den Versuch machen sollte, mit den Uffordm Maurern Unterhandlungen hinsichtlich des gemeinsamen Handelns einzuleiten. Diese Einigungsverhandlungen sind nun, wie schon kurz gemeldet, infolge der unglücklichen Handlungsweise der Uffordmaurer, die, wie auch jetzt wieder ersichtlich, auf einer noch tieferen Stufe als Arbeitswillige stehen, gescheitert. Diese früheren „Genossen“ lehnten es ab, gemeinsame Sache zwecks Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Verhandlern zu machen. Sie wollen jedenfalls die ihnen so notwendige Freundschaft der Meister nicht verderben. In einer Freitag abgehaltenen öffentlichen Maurerverammlung wurde das Gebahren der Uff-Kollegen gebührend gekennzeichnet und schließlich folgende Resolution angenommen: „Die von 1500 Kollegen besuchte Versammlung der Maurer Hamburgs nimmt mit tiefstem Bedauern Kenntniß von dem negativen Ergebnis der Verhandlungen der Einigungskommission. Die Versammlung anerkennt, daß die Vertreter des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein Hamburg, im Sinne der öffentlichen Maurerverammlung vom 24. März d. J. vollauf ihre Pflicht gethan haben, um die unter den Hamburger Maurern bestehenden Differenzen auszugleichen und die volle Einmüthigkeit der Kollegen, insbesondere in Bezug auf die Nothwendigkeit der baldigen Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit und eines Mindestlohnens von 70 Pfg. herbeizuführen. Das unerfreuliche Resultat der Verhandlungen kann die heutige Versammlung aber nicht abhalten, auf das Nachdrücklichste zu erklären: Es ist unabwendbare Pflicht aller im Bezirk des „Bier-Städte-Bundes“ beschäftigten Maurer, mit aller Energie dafür einzutreten, daß in diesem Bezirk der Neunstündentag in allen Baugeschäften zur Durchführung gelangt. Die heutige Versammlung erwartet von dem Hamburger Zweigverein des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, daß er die nöthigen Schritte zur Durchführung der wiederholten von der großen Mehrheit der Kollegen Hamburgs und Umgegend beschlossenen Forderung energisch betreibt und die zu unternehmenden Schritte zur gegebenen Zeit einer öffentlichen Maurerverammlung zur Beschlußfassung unterbreitet.“

Schleswig. Bündler, Freisinn und Sozialdemokratie. In der „Angler Landpost“, dem Organ der Bündler im Wahlkreis Schleswig, heißt es in einem Sonntagsartikel: „Der Freisinn ist der hinterlistige und heimtückische, die Sozialdemokratie der offene und ehrliche Feind von König und Vaterland. Haben wir erst den heimtückischen und hinterlistigen Feind weggeschafft, mit dem offenen und ehrlichen Gegner wollen wir schon fertig werden, also in erster Linie: Fort mit dem Freisinn! Ist der Freisinn beseitigt, dann wird man auch leicht mit der Regierung fertig werden, die mehr Rücksicht auf das Ausland und seine Bewohner als auf die Bedürfnisse der Junter nimmt.“ — Das hat der „Freisinn“ wirklich nicht verdient, der doch den Rücken beugte, um so den Agrariern die Treppe zu bilden, auf der sie zum Zolltarif gelangen konnten.

Zur Wahlbewegung im ersten Mecklenburger Wahlkreis. Auch in der vorigen Woche ist die Agitation rüthig von unserer Seite fortgesetzt worden. Am Sonntag, den 10. Mai, fand in Sellahn bei Brahlstorf eine stark besuchte Wählerversammlung statt; Genosse Theodor Bartels sprach in zweistündiger Rede über die Reichstagswahlen. Ferner fanden in Wittenburg, Büttelkow, Nehua und Gadebusch sehr gut besuchte Wählerversammlungen statt. Ueberall waren die bürgerlichen Parteien stark vertreten. Das Interesse an der bevorstehenden Reichstagswahl ist ein großes; es herrscht nur eine Meinung hier unter dem arbeitenden Volke, nämlich, daß der Brodmacherer Domänenrath Rettich nicht wieder in den Reichstag gewählt werden soll. Recht verzweifelte Anstrengungen machen die Herren von der Freisinnigen Volkspartei, um in die Stichwahl zu kommen. Dieses Ziel dürften sie aber schwerlich erreichen. Unsere Genossen agitiren in so intensiver Weise, daß auch selbst unsere Gegner es anerkennen müssen. Stundenweit kommen die ländlichen Arbeiter zu unseren Versammlungen herbeigeströmt. In dieser Woche finden Wählerversammlungen statt in Hamberge, Grevesmühlens, Stölze, Zarentin und Dümmer. In diesen Orten wird der Reichstagskandidat Genosse Th. Bartels-Lübeck vor den Wählern sprechen. — Auch die politische Kleinarbeit in den Orten, wo keine Lokale zur Verfügung stehen, wird nebenbei rüthig fortgesetzt.

Boizenburg. In Mecklenburg machen wir es so. Unsere Leser erinnern, daß in Boizenburg am 19. April d. Js., also nach Ausschreibung der Reichstagswahl, die dortige Polizei eine sozialdemokratische Wählerversammlung auflöste, weil die Germanen, in der bekannnten mecklenburgischen Polizeianficht befangen, meinte, an den Sonntagen müßte für die Wählerversammlungen von wegen der 1885er Sonntags-Verordnung Abends um 11 Uhr Feierabend sein. Es wurde dieserhalb beim Ministerium Beschwerde geführt, auf die dasselbe folgende Antwort ertheilte:

„Auf Ihren Vortrag vom 27. und 29. v. M. wird Ihnen hierdurch erwidert, daß öffentliche Wählerversammlungen ungeachtet der Bestimmung des § 17 des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1869 den allgemeinen gegen die Störung der Feier der Sonntag und Festtage erlassenen und durch den § 366 Nr. 1 des Reichs-Strafgesetzbuches unter Strafschutz gestellten Vorschriften unterfallen, und daß das unterzeichnete Ministerium es deshalb nicht unbilligen kann, wenn der überwachende Polizeibeamte die von Ihnen am Sonntag, den 19. v. M., in Boizenburg abgehaltene öffentliche Wählerversammlung als geräuschvoll

Aus Nah und Fern.

Verwahrloft. Die sensationellen Ereignisse im fränkischen Jura-Gebirge hören nicht auf. Koch hat sich die Mißstimmung in der bekannten Dienstoffaffaire bei dem Oberamtsrichtersekretären Reichel in Hollfeld nicht geliegt, noch harret man der Aburtheilung des in Bayreuth hinter Schloß und Riegel sitzenden Studenten Diebold, dessen Sohn des Bankdirektors Koch zu Tode gequält hat. Da bringt schon wieder eine neue Schauderkunde von Ort zu Ort. In der oberfränkischen Ortschaft Breitenlesau starb, wie die „Lugab. Abztg.“ berichtet, vor einigen Tagen der Geistesranke Lienhard. Die Beerdigung mußte verschoben werden, weil der Kranke, der Ende der 20er Jahre stand und seit vier Jahren bettlägerig war, von seinen Angehörigen vernachlässigt worden sein soll. Der die Leichenschau vornehmende praktische Arzt fand an dem zu einem Skelett abgemagerten Leichnam, daß der Rücken über und über mit kleinen und großen eiterigen Wunden und auch mit Ungeziefer bedeckt war, daß also eine grobe Vernachlässigung des Verstorbenen vorgelegen haben muß. Das Aussehen des Bettes, in dem der Verstorbene gelegen hatte, spottete jeder Beschreibung. Der Arzt erstattete pflichtgemäß Anzeige beim Landgericht Bayreuth. Die sofort vorgenommene Sektion der Leiche ergab, daß der Tod thatsächlich infolge völliger Verwahrlosung eingetreten ist. Der Leichnam war thatsächlich über und über mit Ungeziefer besät; mehrere am Gesäß und am Rücken entstandene Wiegewunden boten einen abstoßenden Anblick dar. Das Sterbezimmer wurde von der Untersuchungskommission abgeschlossen und die Eltern des Verlebten einem Verhör unterzogen. Gegen sie wird voraussichtlich Anklage wegen fahrlässiger Tödtung erhoben werden. In der Bevölkerung herrscht große Entrüstung.

Steruschau-Viehmarkt.

Hamburg, 18. Mai
Der Schweinehandel verlief ziemlich gut. Zufgeführt wurden 210 Stück. Preis: Sengschweine — Mt., Verbandsschweine schwere 48—50 Mt., leichte 43—50 Mt., Sauen 40—47 Mt. und Ferkel 45—48 Mt. pro 100 Pfund.

Sperrung hier ebenfalls bestimmt Ende dieser Woche zu erwarten. Im Ganzen werden von den Ausperrungen an der Unterweser 12 000 Mann betroffen. Inzwischen kommt noch die Meldung, daß der Arbeitgeberverband mit Rücksicht auf den Streik der Klempner beschloffen hat, die Sperre über sämtliche Bremer Bauarbeiter zu verhängen, falls die zwischen ihnen und den einzelnen Gewerkschaften gepflogenen Verhandlungen resultatlos verlaufen sollten. — Diese ungeheuerlichen Maßnahmen der Bremer Scharfmacher wird hoffentlich bewirken, daß auch der größte Arbeiter endlich den Knf beherzigt: Sinein in die Organisationen!

Letzte Nachrichten.

Breslau. Ein verhängnisvolles Eisenbahnunglück ereignete sich Sonntag morgen im benachbarten Schönborn. Bei der Einfahrt des Personenzuges 1504 mit den Mitgliedern des Breslauer Eisenbahnvereins in die Haltestelle Schönborn entgleiten die letzten fünf Wagen, vermutlich in Folge vorzeitiger Umstellung der Einfahrtsweiche. Zwei Personen wurden schwer, neun leicht verletzt.

Berlin. Vier Personen im Müggelsee ertrunken. Ein schweres Unglück hat sich Sonntag Nachmittag auf dem Müggelsee zugetragen. Dort kenterte um die fragliche Zeit ein Segelboot, die Insassen, ein Kaufmann Hipp nebst Schwester und zwei Freunden, ertranken.

Stegen. Hochlofen-Explosion. In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag explodirte, wie die „Steg. Ztg.“ meldet, ein Hochlofen der Siegener Hütte. Ein Mann wurde getödtet, einer verletzt.

Duisburg. Blutschande. Wahrhaft erschreckende Familienverhältnisse legte eine Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer bloß, in der sich die Ehefrau des Bergmanns Matthias Musioff und deren 13jähriger leiblicher Sohn wegen Verbrechens gegen den § 173 des Strafgesetzbuches (Blutschande) zu verantworten hatten. Das Urteil gegen die Mutter lautete auf anderthalb Jahre Zuchthaus, gegen den Sohn auf 1 Jahr Gefängniß.

Sibau. Acht Mann im Fischerboot ertrunken. Bei Domesnaes begab sich ein Fischerboot mit neun Mann Bejagung ins Meer, um zu dem gestrandeten Schiffe „Segler“ zu gelangen. Das Boot kenterte und 8 seiner Insassen fanden in den Wellen ihren Tod.

In sammentkunft im Sinne des § 3 Nr. 3 Abs. 2 der Verordnung vom 8. August 1855, betreffend die Festigung der Sonn- und Festtage, angesehen und demgemäß die Fortsetzung dieser Versammlung über 11 Uhr Abends hinaus nicht gestattet hat. Im Uebrigen werden Sie hinsichtlich der zur Veranstaltung öffentlicher Wählerversammlungen allgemein ertheilten Dispenses auf die Bekanntmachungen des unterzeichneten Ministeriums vom 6. Mai 1890 und 24. April 1903 (Regierungsblatt von 1890 Nr. 11 und von 1903 Nr. 13) hingewiesen. Großherzoglich Mecklenburgisches Ministerium. Abtheilung für geistliche Angelegenheiten, von Umsberg.

Mit diesem Entscheid legt sich das Justizministerium in den denkbar schärfsten Gegensatz zu dem höchsten Gericht des Landes. Das Justizministerium in Schwerin verweist höchst bezeichnender Art auf den § 366 Absatz 1 des Strafgesetzbuches, wonach bestraft wird, wer den gegen die Störung der Feiertage, Sonn- und Festtage erlassenen Anordnungen zuwider handelt. Die mecklenburgische Regierung hat diesbezüglich in der 1855er Verordnung festgelegt, daß „geräuschvolle Zusammenkünfte“ an Sonntagen um 11 Uhr Abends geschlossen werden müssen. Nun steht aber fest, daß das Oberlandesgericht in Rostock ausdrücklich und ganz bestimmt erklärt hat, Wählerversammlungen seien an sich keine „geräuschvollen Zusammenkünfte“ (1). Und das Oberlandesgericht kannte den § 366 Absatz 1 im St.-G.-B. und die 1855er Landesverordnung bei Fällung seines Urtheils ganz genau! Während nun die Beamten und ausführenden Organe der schwerinschen Regierung in gegebenen Fällen mit aller Strenge darauf sehen, daß gewöhnliche Sterbliche die Urtheile des höchsten Gerichtshofes respektiren bezw. denselben nachleben, bietet das Justizministerium jetzt der Welt das Schauspiel, daß es seinerseits den vom Oberlandesgericht aufgerichteten Rechtsgrundsatz nicht in Betracht zieht. So etwas gehört im Obitritenlande zu den Alltäglichkeiten! Selbstverständlich wird dieses Vorgehen zu einem Wahlprotest führen.

Bremen. Der Gemaltakt der Unternehmer an der Unterweser. Der Bremer „Bulkan“ in Begesack sperre Montag Vormittag 2 000 Mann aus. Die Ausperrung der Arbeiter auf den Werken von Seebeck und Admers steht für Schluß dieser Woche bevor. Von den Ausperrungen der letztgenannten Firmen werden im Ganzen 4 000 Arbeiter betroffen. Die Armaturfabrik des „Norddeutschen Lloyd“ und die Aktiengesellschaft „Weser“ nehmen eine abwartende Haltung ein. Doch ist die Aus-

Eine Wohnung, enth. 3 Zimmer, Küche, Keller, Kessel, Stall und Garten zu vermieten. **H. Gröpelgrube 10.**

Gesucht zum **kleinen Wohnung** zwei I. Juli eine kleine Wohnung 2 Stuben, für alte Leute. Miete bis 100 Mt. Offerten unter **H. an die Exped. d. Bl.**

Eine Wohnung von drei Zimmern und Zehrbör im Preise von 200—240 Mt. von ruhigen Leuten gesucht. Off. unter **D. H. 23** an die Exped. d. Bl.

Ein noch zieml. **Invalide** sucht leichte Beschäftigung, der selbe weiß mit Pferden umzugehen. Offerten unter **L. L. 61** an die Exped. d. Bl.

1 unterhalt. 1 stücker Sportwagen zu verkaufen. **Wickedestraße 53.**

Zu verkaufen ein Zugwägen Endwigstraße 64, I. bei Klatt.

Zu verkaufen **1 zweifachlänges Bett** mit Bettstelle und Matratze. **H. Nau, Wilhelmshöhe.**

Eine fast neue Kommode zu verk. **Reiserstraße 25 a.**

Zu verkaufen ein Kinderwagen Schwarzer Chaussee 63, I.

Moderner unterh. Kinderwagen mit Gummirollen zu verkaufen **Langerreihe 5 a, Burgthor.**

Handwagen ist zu verkaufen. **Sühowstraße 36.**

Ein **harter Kinderwagen** zum Handeln, 3,50 Mt., verschied. Vogelbauer, ein angezeichnet sprechender Papagei zu verkaufen. **Reiserstraße 21 a, I.**

Hier, diesj. Bohnen zum Pflanzen zu verkaufen, a Pfd. 60 Pfg. **A. Lösch, Langerreihe 12.**

Montag den 18. d. M. sind in der Volksküche verschiedene Papiere in schwarzem Rotzschwarz-Umschlag, auf antenstehenden Namen lautend, liegen geblieben. **Gotthilf Lux, Kupferwied, Köpferstr. 5, b r.**

Gimerbier. Diese Woche hat Donnerstag **Mittwoch Gimerbier.** **Heinr. Wilcken's Brauerei.**

Feinste Hofbutter Find nur 1 Mt. 10 Pfg. empfiehlt **Heinr. Wischendorf, Königstraße 88.**

Streichfertige Oelfarben empfiehlt **J. Holt, Reiserstraße 11.**

Empfehlungs-Karten heitert prompt und sauber **Die Druckerei des Läh. Volksboten, Johannisstraße 50.**

Hochfeine Fünf- und Sechspennig-Zigarren, Zigaretten, Taback, Chagapfeifen, Spazierstöcke.

Carl Wittfoot Lübeck 18 Hürstraße 18. **Rolltaback.** Nordhäuser, von Grimm & Triepel, Kopenhagener. **Rolltaback.** Gbr. Ungewitter, Lübeck, v. Rose & Schweighoffer nach dänischer Art.

Streichfertige Oelfarben genau nach Muster alle ins Malfach schlagende Artikel harttrocknendes klebfreies **Fussbodenöl** wie auch Carbolinum, Holz- und Kohlentheer **Hans Fock**

Hansa-Drogerie Fackenburg Allee 10 Wickedestrasse 48.

St. Lorenz-Brauerei. O. Jantze & Co. Jeden Dienstag u. Freitag: **Eimer-Bier.** Verkaufsstellen: **Nebenhofstrasse 12. Wickedestrasse 42. Arnimstrasse 7. Krähenstrasse 11.**

Achtung Schmiede! **Versammlung** am Mittwoch den 20. Mai Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52 Tages-Ordnung: 1. Bericht, 2. Rechnungslegung, 3. Fragekasten und Beschluß. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.** NB. Die Versammlung am Sonnabend den 23. d. M. fällt aus.

Orts-Kranken-Kasse in Lübeck.

Der Vorstand besteht für das Jahr 1903 aus folgenden Mitgliedern: a. den Arbeitgebern: Buchdruckermeister Charles Coleman, Borstgenben, Kaufmann Herm. Meyer, Buchbindermeister Carl Joh. Heinr. Böttger, Kontermeister Johs. Prigge, b. den Arbeitnehmern: Buchdrucker Johs. Joach. Frdr. Körner, Stellvertreter des Borstgenben, Schriftföhrer Ad. Heinr. Stendel, Schriftföhrer, Eisenbrecher Paul Alb. Emil Sommerfeldt, Stellvertreter des Schriftföhrers, Maschinenmeister Otto Gust. Duseck, Schlosser Frdr. Mart. Herm. Korell Seemann, Steinbrücker Karl Frdr. Ant. Jul. Georgi, Kaweregeh. Herm. Friedr. Völker, Schlosser Heinr. Christian Berthold Fischer. Lübeck, den 18. Mai 1903. **Der Vorstand.**

Zur Lohnbewegung d. Schuhmacher. Nicht bewilligt haben bis jetzt: **Rosenberg, Mühlenstr. 7, Schufe, Mühlenbrücke, Wienf, Königstr., Möller, St. Annenstr., Namm, Charlottenstr., Lühr, Königstr., Witsch, Braunstr., Schlenf, Bederggrube, Schreiber, Wlandstraße 8, Blank, Schmiedestr., Waade, Blücherstraße 5, Burmeister, Legdienstraße 6, Namm, Engelswisch, Lange, Schüsselbuden, Noftod, Fünfhausen, Nühl, Hürstr., Müßfeld, Arnimstr., Worf, Ernststr., Nusch, Schulstr., Straubing, Dankwartsgrube, Straubing, Moisinger Allee, Tödter, Engelsgrube, Pasedag, Mengstr., Somowsh, Föhrstraße.**

Durch Zufall 1 großer Vosten Korsetts **Ernst Umlandt** Mühlenstraße 30-32 Ecke Kapitelstrasse. **Guter bürgerlicher Mittagstisch.** Föhrgrube 28.

Achtung! Zimmerer Die regelmäßige **Verbands-Versammlung** findet des Himmelfahrtstages halber schon **am Mittwoch den 20. Mai** Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52 statt. Tagesordnung u. a.: Berichterstattung über Verbands-Interessen. **Der Vorstand.**

Achtung Maler! **Bilal-Versammlung** am Mittwoch den 20. Mai Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52. Sämmtliche Kollegen müssen in der Versammlung erscheinen. **Der Vorstand.**

Achtung Maurer! **Mitglieder-Versammlung** am Mittwoch den 20. Mai Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52 Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Kollegen! Zu dieser Versammlung müßt Ihr Alle vollzählig erscheinen! Keiner darf fehlen! **Der Vorstand.**

Circus Variété. Heute Mittwoch den 20. Mai: Einmaliges Gastspiel von **Fritz Steidl** mit seinem Künstler-Ensemble. Anfang 8 Uhr. Billette im Vorverkauf bei Sager, am Kohlmarkt.

Berechtigter Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Löhne und Nachbargelände“, sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Berechtigter Redakteur für die Rubrik „Löhne und Nachbargelände“, sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Berleger: Theodor Schwarz Druck von Friedr. Meyer & Co. — Schlußseite in Lübeck.

Neue Steuern.

Die von den Offiziösen als eine der Hauptaufgaben der nächsten Legislaturperiode des Reichstags angekündigte Reichs-Finanzreform wird hoffentlich in den Kreisen der deutschen Arbeiterklasse genügende Beachtung finden. Daß eine „Neuordnung“ der Reichsfinanzen in nächster Zukunft vorgenommen werden wird, würde auch dann wahrscheinlich sein, wenn die Offiziösen nicht ausdrücklich die „Hauptaufgaben des neuen Reichstags“ fixiert und die Reichs-Finanzreform angekündigt hätten. So wie bisher kann eben nicht mehr gewirtschaftet werden, wenn nicht zuvor die militäristischen und marinistischen Molochsopfer gründlich eingeschränkt werden. Daran aber denkt die Regierung nicht; vielmehr hat sie bereits Militärvermehrungen, Auslands-Flottenverläge und Millionenforderungen für koloniale Abenteuer angekündigt.

Für solche Vermehrung der Molochlasten ist die „Reichs-Finanzreform“ geradezu Voraussetzung. „Reichs-Finanzreform“ bedeutet aber nichts anderes, als daß die herrschende Klasse noch weiter gewaltige Summen aus einem überhäufig belasteten Volke durch die indirekte Steuerhantel in das Sammelbecken der militäristisch-marinistischen Unkultur pressen will. Das arbeitende Volk Deutschlands mag diese Gefahr wohl bedenken. Die Mehrheitspartei des Reichstags werden sich zu dieser Volksausplünderung verschließen, welche sie „Reichs-Finanzreform“ nennen. Sie stehen ja auch vor der Wahl, entweder die Einkommen und Vermögen der Reichen für die Reichsherrlichkeit heranzuziehen oder durch indirekte Steuern die Armen noch ärmer zu machen. Glaubt jemand, daß die kapitalistisch-junkerliche Prozentpatronen lange von Gewissensskrupeln über den einzuschlagenden Weg gequält sein werden?

Für die Miquelische „Reichs-Finanzreform“ haben sich Mitte der 90er Jahre die Nationalliberalen und Kontervaiven begeistert, dieselben würdigen Vertreter der kapitalistischen Ausbeutung, „Ordnung“, die jetzt in den meisten Wahlkreisen dem arbeitenden Volke kartelliert gegenüberstehen. Das Zentrum hat sich zwar noch schämig gestraubt, aber einzelne seiner Mitglieder waren bereits für die Reform zu haben. Währenddem hat die durch die wirtschaftliche Krise und die Bewilligungslustigkeit der reaktionären Mehrheit herbeigeführte Verschlechterung der Reichsfinanzen eine „Reform“ dringlich gemacht. Am Ende haben sich die „Bedenkten“ des Zentrums mittelmäßig verschluckt.

In der bisherigen Weise für die militäristischen, marinistischen und weltpolitischen Abenteuerpläne durch die Pumpwirtschaft Millionen zur Verfügung zu haben, geht nicht mehr an, angeht das Reichsstandes der Reichsschulden. Denn aus den 16 Millionen Mark Reichsschulden im Jahre 1877, hat die erleuchtete Finanzwirtschaft der reaktionären Parteien mittlerweile 2 Milliarden 600 Millionen Mark Reichsschulden gemacht, wozu noch an unverzinslichen Reichskassen, schätzen 120 Millionen Mark einzurechnen sind. 93 Millionen Mark muß jetzt das Volk alljährlich für die Verzinsung dieser Schuldsomme aufbringen.

Die Millionen aus der Volksausbeutung durch den neuen Zolllarif werden nicht genügen, um für die großen Projekte, mit denen man sich im Kriegeministerium und im Marineamt trägt, die nötige Deckung zu schaffen. Es muß „Ordnung“ in die Reichsfinanzen gebracht werden, wie es die Offiziösen den herrschenden Parteien nun genug auseinandergeklüht haben.

Diese „Ordnung“ versteht man unter dem Zurückkommen auf die ehemaligen Miquelischen Pläne, für welche auch im Bundesrathe heute mehr Stimmung als zuvor ist.

1893-94 hatte Miquel bekanntlich vorgeschlagen, die Biersteuer, Bier- und Branntweinsteuer, sowie Tabaksteuer um 100 Millionen Mark zu erhöhen. Den Einzelstaaten, die sich über die hohen Lasten für das Reich beklagen, sollte die Zustimmung zu dieser höheren Belastung der Armen die

bekannteste „Automatenreform“ bringen: die von den Einzelstaaten zu erhebenden Matrikularbeiträge sollten um mindestens 40 Millionen niedriger gehalten werden, als die Ueberweisungen. 1894/95 schlug Miquel vor, in den nächsten 5 Jahren sollten die Matrikularbeiträge nicht höher als die Ueberweisungen sein. Ein Defizit wäre also durch neue Steuern zu decken gewesen.

Wie die Ablehnung dieser Miquelischen Vorschläge, deren Kern eine Verschärfung der indirekten Steuerlast der Armen ist, seitens der Reichstagsmehrheit nur eine vorläufige war, so sind auch die Reichsstellen bei den Miquelischen Plänen stehen geblieben. Wenn jetzt bereits Bier und Tabak als zukünftige Steuerobjekte angekündigt werden, wird man sich erinnern, daß am 8. Januar des vorigen Jahres der Reichs-Schatzsekretär Thielmann seine Sitzrede schloß: „Ich kann zugleich sagen, meine Herren, wenn der wirtschaftliche Niedergang anhält und der Rückgang der Einnahmen sich wieder fortsetzt, so werden Sie nicht umhin können, neue Einnahmequellen zu bewilligen; nicht aber solche wie den Vorkriegsstempel, sondern Einnahmen, die wirklich zu Kapital schlagen, und da stehen an erster Stelle die Worte: Bier und Tabak.“ Nach bei späteren Gelegenheiten, so bei der Beratung der Brüsseler Zuckerkonvention, ist vom Regierungstische immer wieder hingewiesen worden auf die nunmehr auch durch die offiziöse Presse offen angekündigte Vorlage für den nächsten Reichstag.

Nach der ganzen Form der Ankündigung der offiziellen Presse handelt es sich nicht mehr bloß um neue Steuern auf Bier und Tabak, sondern um eine unter dem Namen einer „Reichs-Finanzreform“ segelnde allgemeine Erhöhung und Erweiterung der indirekten Steuern. Der Militarismus und Marinismus braucht Geld. Deshalb Aufbringung der Mittel zu neuen Molochsopfern durch Erhöhung der Lasten auf die Schultern der Armen. Auf den Zoll- und Hungertarif läßt man die Hinaufreibung der indirekten Steuern folgen. So will es die Ausbeutermoral der herrschenden Klasse!

Die herrschende Reichstagsmehrheit hat sich mit ihren leichtfertigen Bewilligungen finanziell vollständig festgefahren. Die Regierung hat sie in der Hand, sie muß schließlich wie die Regierung. Sie wird auch der „Finanzreform“ zustimmen.

Die Zurückwerfung der bisherigen Reichstagsmehrheit bei den bevorstehenden Wahlen ist daher eine Nothwendigkeit, wenn nicht der nächste Winter bereits viele Millionen neuer und erhöhter indirekter Steuern bringen soll. Es gilt nicht nur, an der Wuchererei das schändliche Treiben in den Tagen des Zollkampfes und den Zolllarif selbst zu rächen, sondern es gilt auch, ihr die Möglichkeit zu weiteren Steuer-Kraubzügen auf die Arbeitertaxen zu nehmen. Diese neuen Raub- und Wentezugpläne liegen anscheinend schon fix und fertig vor. Das Volk hat es in der Hand, sie am 16. Juni der Regierung zerrissen vor die Füße zu werfen!

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Nach achtwöchentlicher Dauer wurde der Löhnerstreik in Königsberg zu Gunsten der Gehilfen beendet. Eine Kommission, die vom Janungsvorstand und dem Gesellen-ausschuß gebildet wird, soll die Einhaltung des neuen Tarifs überwachen. — Der Streik der Hasenarbeiter in Danzig wurde aufgehoben. Die Arbeit sollte am Montag wieder aufgenommen werden. — Der Malerstreik in Glauchau wurde nach achtwöchiger Dauer mit Erfolg beendet. — In Düsseldorf streiten die Zimmerer.

Die Aussperrung im Dresdener Baugewerbe scheint keine große Ausdehnung anzunehmen. Bis jetzt wurden 451 Maurer und 250 Zimmerer als ausgesperrt

verzeichnet. Die Situation wird von den Arbeitern als recht günstig bezeichnet. Wenn es gelingt, den Zug nach Dresden fernzuhalten, wird der Tarif bald durchgesetzt werden.

Walderholungsstätten. Der Vorstand der Ortskrankenkasse in Hanau hat beschlossen, Walderholungsstätten für die Rekonvaleszenten der Kasse zu errichten. Der Vorstand hat zu diesem Zwecke den Magistrat der Stadt, das Kuratorium der Stiftung für Errichtung einer Lungenheilstätte, die Ortskrankenkasse für den Landkreis Hanau, die freien Hilfskassen, die Betriebskasse der Igl. Pulverfabrik u. a. um Unterstützung bezw. Beihilfe bei diesem Vorhaben ersucht. Die Generalversammlung der Ortskrankenkasse erhielt bereits zu diesem Schritte des Vorstandes ihre Zustimmung.

Mehr Arbeiterchutz! In Lüdenscheid ist ein alter, braver Parteigenosse, Franz Käferberg, einem entsetzlichen Unfall zum Opfer gefallen. Er stand bei der Firma Braumann u. Rahmede als Badirer in Arbeit. Am Dienstag Nachmittag v. M. gegen 6 Uhr, als K. den Dackrofen eben geheizt hatte, erfolgte eine Explosion des Ofens, die die Thüren des Ofens aus den Angeln riß, aufsteigende Fenster wie Strohhalme knickte, eine Menge Fenster-scheiben zertrümmerte und an den Wänden erheblichen Schaden anrichtete. Als die übrigen Arbeiter erschreckt zusammenliefen, fanden sie den Genossen K. mit den Füßen nach oben, von einer der schweren Ofenthüren bedeckt, todt vor. Selbst ein Unternehmerradikale, die „Kölnische Zeitung“, bemerkt zu dem Fall: Die Ursache war nicht aufzufindern, vermutlich trifft den Unglücklichen, der den Ofen 13 Jahre bediente, keine Schuld. Explosionen von Dackrofen gehören leider nicht zu den Seltenheiten. Ihre Folgen lassen sich, wenn auch nicht beseitigen, so doch wesentlich mildern, wenn die Thüren, wie dies vielfach noch üblich ist, nicht verriegelt, sondern nur so verschlossen werden, daß sie einem stärkeren Aufdruck sofort nachgeben. Es dürfte sich empfehlen, daß die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften, sowie die Inspektoren der Feuer-versicherungs-Gesellschaften auf diesen Umstand bei Revisionen von Fabriken jeder Zeit aufmerksam machen.

Der Kampf im New-Yorker Baugewerbe, der nach einer früheren Meldung 100 000 Arbeiter zum Feiern zwingt, ist eine Aussperrung größten Stils, unternommen zur Bekämpfung des Trade-Unionismus. Nach einer Darstellung der Londoner „Daily Mail“ haben sich die größten Bauunternehmer New-Yorks dazu verbündet, nicht um die Löhne herabzusetzen — wenigstens vorläufig nicht — sondern um die Macht der Gewerkschaften und ihren Einfluß zu brechen. Den ersten Anlaß zu einer solchen Maßregel boten kürzlich vorgekommene Streitigkeiten von Gewerkschaften unter einander, in deren Folge sich die verschiedenen Vereinigungen derselben Gewerbe gegenseitig boykottierten, sodaß das Zusammenarbeiten gestört wurde. Darauf begann ein Lohnkampf der Baumaterialien-führer. Da die großen Firmen deren Forderungen nicht bewilligten, während einige kleinere darauf eingingen, so entstand große Verwirrung und schließlich eine allgemeine Stockung der Bauarbeiten. Diese Streitigkeiten nun veranlaßten die führenden Unternehmer zu der Aussperrung, mit der sie den Unions ihre Macht zeigen wollen. Die Schätzung, daß die Zahl der Aussperrten volle 100 000 betrage, rührt von der Zeitung „Sun“ her; der Durchschnitts-Tage-lohn dieser Arbeiter beträgt nach demselben Blatte über 16 Mk. (?? Red. d. „L. B.“) Die Unions sind jedoch keineswegs entmutigt, erklären vielmehr, daß sie in der Lage seien, nötigenfalls einen langen Kampf für die Gewerkschaftsprinzipien zu führen.

Zur Gesetzesverletzung fordern die Bauunternehmer Lüdnbergs auf. Die Herren weigern sich hartnäckig, die Bundesratsverordnung betreffend den Schutz der Steinhauer einzuhalten, und die Bauarbeiterchutzkommission hat, da die Polizei versagte, eine

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäder.

17. Fortsetzung.

„Den Ihr nach Eurer Art verdreht, Du und der Vater.“ rief Paula, „ja, Gleich und Gleich gesellt sich gern, aber nicht das Gleich, das Ihr darunter versteht, Gold und Silber und der alberne Rang von Grafen und Baronen, sondern gleiche Herzen, gleiche Gesinnungen, gleiche Seelen, die Euch aber nicht gleich gelten; Herz, Seele, das ist Lebens-sache, das findet sich außerdem, das sieht man ja auch nicht, das steht innen und kommt deshalb auch nicht in Betracht aber das Geld, der Rang, ja, freilich, das sind Sachen, die in die Augen stehen, wenigstens der Menge, und auf die muß geachtet, die muß berücksichtigt werden.“

„Jetzt sieh Einer den kleinen Philosophen an.“ lachte George, „wer hätte das hinter dem Mädel gesucht!“

„Ach, laß mich zufrieden, Du spottest nur immer über mich.“

„Nein, Schatz,“ rief George rasch, „das thu' ich nicht; aber sage mir im Ernst, ob Du etwas gegen Hubert einzuwenden hast. Ist er nicht ein braver, tüchtiger Kavallerier, und hat er Dich nicht von ganzem Herzen lieb?“

„Nicht halb so lieb, wie seine Pferde und Hunde,“ erwiderte Paulau bitter.

„Aber, Herzensmädchen, wie ungerecht Du jetzt bist.“ rief George; „Hubert ist ein seelensguter Mensch, ein hübscher jähzornig, ja, und daß er ein leidenschaftlicher Jäger und Reiter ist, wirst Du ihm doch wahrlich nicht zum Vorwurf machen wollen, wo Dein Vater und Bruder dieselben Leidenschaftlichen theilen.“

„Aber deshalb soll ich ihn doch nicht etwa lieben? Er mag ja retten und schützen, so viel er will, ich wahrlich werde ihn nicht daran hindern. Aber weshalb muß er mich

ausjuchen, mich unglücklich machen wollen vor allen Andern?“

„Unglücklich, Paula?“

„Ja, unglücklich,“ jagte das arme Mädchen, indem ihm die hellen Thränen in die Augen traten; „ich will nichts von ihm wissen, ich will nicht heirathen, am wenigsten Deinen Hubert, sag' ihm das!“

„Du bist ein Kind,“ lachte George über den fast kindlichen Trost der Schwester, „und kennst Hubert eigentlich noch nicht einmal genau. Lerne ihn erst kennen, Schatz, und wenn Du dann wirklich eine nicht zu belegenden Abneigung gegen ihn hast, dann will ich selber dem Vater zureden suchen, daß er Dich frei giebt.“

„Und weshalb da jetzt die Verlobung?“

„Das ist eine Idee von Mama,“ sagte George achsel-zuckend, „und der etwas auszureden, was sie sich einmal in den Kopf gesetzt hat, wird außerordentlich schwer fallen; aber ich bin fest überzeugt, daß Du glücklich mit ihm werden wirst.“

„Du bist überzeugt davon?“

„Ja, Schatz; sieh nur Papa und Mama an: Der alte Gärtner Jonas, der jetzt schon vierzig Jahre in Papas Diensten ist, hat mir die Geschichte selber einmal erzählt; die Mama hat den Papa auch damals nicht geliebt, wie sie ihn heirathen sollte. Sie hat fortlaufen wollen und Gott weiß, was — und wie glücklich und zufrieden leben sie jetzt miteinander!“

„Die Mama hat den Papa auch nicht heirathen wollen?“

„Gott bewahre, mit Händen und Füßen soll sie sich gestraubt haben — wahrscheinlich auch mit solchen phantastischen Ideen —, aber Großvater war ein strenger Herr und ließ sich auf keine Unterhandlungen ein, und der Erfolg bewies zuletzt, daß er doch Recht gehabt.“

„Und weißt Du, was ihr armes Herz dabei gelitten

haben mag?“ jagte Paula mit tiefem Gefühl. „Wahnt Ihr Männer in einer Frauenseele lesen?“

„Und ist der Vater nicht etwa brav und gut? Hat er sie nicht auf Händen getragen sein Leben lang?“

Paula sah feuchend vor sich nieder und sagte leise: „Ach, Du verstehst mich nicht, George!“

„Du verstehst Dich selbst nicht, Herz,“ rief George freundlich; „irgend ein Phantastiebild, das Du Dir herauf-beschworen, soll Dir jetzt in die Seele passen, und da es nicht paßt, fühlst Du Dich unglücklich. Komm, mach' wieder ein freundliches Gesicht; wer von uns Allen ist denn ge-wohnt, Dich traurig zu sehen, und wenn Du es bist, machst Du das ganze Haus unbehaglich — alle Wetter,“ unterbrach er sich selber rasch, „da kommt Besuch, das werden Rottack sein! Vaters Kammerdiener jagte mir schon, daß sie erwartet würden; komm lieber gleich mit hinunter, Du wirst doch sonst geholt.“

„Geh' voran, George,“ hat Paula, „mir sind die Augen noch roth; ich komme gleich.“

„Aber mach' nicht zu lange; ich bin selber neugierig, unsere neuen Nachbarn kennen zu lernen. Bei Voltens wurde schon von ihnen gesprochen. Die Frau Gräfin soll eine ganz brillante Schönheit sein.“

„Geh' nur voran, George, ich komme gleich nach,“ jagte Paula und stand noch ein paar Sekunden, als sie der Bruder schon verlassen hatte, und sah hinter ihm drein. Dann nahm sie den erhaltenen Brief aus der Tasche, riß ihn in unzählige kleine Stücke und streute die vom Aufzug fortgetragenen Fragmente über die Ringmauer in den Wald hinaus.

Während indessen Graf und Gräfin Monford ihre Wohnung betraten, melbete ihnen schon einer der Diener, daß Graf Rottack und Gemahlin nach ihnen gefragt, dann in den Park gegangen seien, um sie selber aufzusuchen, und nun dicht hinter ihnen herkämen. Das junge Paar war in der That kaum hundert Schritte hinter ihnen, und die beiden Herr-schaften hatten nur eben Zeit gehabt, sich in das Empfangs-

ganze Anzahl solcher Gesetzesverächter zur Anzeige gebracht. Die Prozesse schweben noch. Inzwischen richtete die Bauhanderschaft der Bau-, Maurer- und Zimmermeister-Zunft an ihre Mitglieder ein Rundschreiben, worin diese aufgefordert wurden, die Verordnung nicht einzuhalten. Was würde einer Streikleitung geschehen, die die Streikenden auffordern wollte, den § 153 der Gewerbeordnung nicht einzuhalten! In Fürth ist, dank dem thatkräftigen Eingreifen des dortigen Bauaufsehers, überall der neunstündige Arbeitstag für die Steinarbeiter durchgeführt, und man hat damit die besten Erfahrungen gemacht. In der Großstadt Nürnberg dagegen glauben die Unternehmer ohne die zehnstündige Arbeitszeit nicht auskommen zu können.

Der Reichstags-Kandidat für Kassel, Karl Thiel, kam erst Sonntag, nach langen sieben Monaten, wieder in die Freiheit, so daß er bisher nicht agitatorisch wirken konnte. Für seine Kandidatur sprach am Mittwoch Abend Genosse Scheidemann-Offenbach in einer von mehr als 3000 Personen besuchten Versammlung, die einen wahrhaft imposanten Verlauf nahm. Ein nationalsozialer Oberlehrer Sandrod suchte Stimmung zu machen für großbürgerliche Weisheit und führte als nachahmenswerthes Beispiel das Verhalten Kufflands in der Mandatschüre an! Unter unaufrichtigen Beifallklänge schied Genosse Scheidemann den nationalsozialen Ueberpolitiker gründlich heim. Die Stimmung ist eine vorzügliche in Kassel und wenn die Parteigenossen ihre Schuldigkeit thun, dann ist der Kreis für uns zu erobern.

Eine sonderbare Auflage wegen Polizeibeleidigung schwebt zur Zeit in Halle gegen die Genossen Krüger und Emmer. Diese hatten in ihrer Eigenschaft als Stadtverordnete es für nötig gehalten, in der Stadtverordneten-Versammlung mitzutheilen, daß Polizeibeamteten Beschwerden über widersprechende Dienstinstruktionen ihrer Vorgesetzten bei ihnen angebracht hätten. In der Sache sind 215 Polizeibeamte vernommen, die alle unter ihrem Eide in Abrede stellten, mit sozialdemokratischen Stadtverordneten in Verkehr getreten zu sein. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt deshalb unsere Genossen, durch ihre Behauptung die Polizeibeamten beleidigt zu haben, und hat beantragt, das Hauptverfahren gegen dieselben zu eröffnen.

Bei den Gemeindevahlen in Baden haben unsere Genossen noch weitere Siege errufen. In Rheinau stimmten von 193 Wahlberechtigten 157, das ist 81 Proz., ab. Auf die sozialdemokratische Liste entfielen davon 101, auf die der vereinigten Bürgerlichen 44-52 Stimmen, vier Stimmen waren zerstückelt. — In Heddesheim siegte in der dritten Wählerklasse die sozialdemokratische Liste mit 94 gegen 93 Stimmen. — In Willingen stellten die Nationalliberalen, Demokraten und Sozialisten eine gemeinsame Liste für die Klasse der Niederbesteuerten auf, um den seit langen Jahren maßgebenden Einfluß des Zentrums in der Stadtverwaltung zu brechen. Die Wählerklasse entschied gegen das Zentrum, und auch in der Klasse der Mittelbesteuerten unterlagen die Liberalen. Da ein Sieg des Zentrums in der noch ausstehenden Wahl zu der ersten Wählerklasse ausgeschlossen ist, so wird der Willinger Bürgerausschuß künftig 37 Nationalliberale, 16 Angehörige des Zentrums, 4 Sozialdemokraten und 11 Demokraten umfassen.

Zu 100 Mark Geldstrafe wurde Genosse Niemann als Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ vom Schöffengericht in Dresden verurteilt, weil er den Polizeiergeanten Wächsmann in Dortmund beleidigt haben soll. Die Beleidigung wurde in einer Notiz gefunden, welche die „Sächsische Arbeiterzeitung“ aus unserem Dortmunder Parteiblatt übernommen hatte und in der geschilbert wurde, daß man in Dortmund einen Mann, der auf der Straße das Bein gebrochen hatte, 14 Stunden lang als betrunken ohne ärztliche Hilfe in Polizeigewahrsam behalten hatte. Alle Kräfte, auch der Verletzte selbst, der inzwischen leider im Krankenhaus verstorben ist, bestätigten den Inhalt der Notiz, dagegen sagte ein „Sachverständiger“ aus, es sei wahrscheinlich, daß der Stürze erst in der Zelle das Bein gebrochen habe, die Polizei also seinen Zustand vorher nicht bemerken konnte. Das Gericht hielt das, was dem Sachverständigen wahrscheinlich erschien, entgegen den Zeugen für sicher und kam zu dem verurteilenden Erkenntnis. — Erwähnenswert ist, daß in Dortmund, wo es ja viel leichter war, den Wahrheitsbeweis zu führen, Anklage nicht erhoben worden ist.

immer zurückzugehen, als ihnen der Besuch auch schon gemeldet wurde.

Kottad betrat, Helene am Arm, den unteren Saal, der, mit geöffneten Flügelthüren und einer kleinen, wohlgeputzten Terrasse davor, einen freundlichen, sonnigen Blick auf das weite Land bot. Graf Konford — während die Gräfin von Sophy, auf das sie sich in der Geschwindigkeit nieder gelassen, aufstand, ging ihnen entgegen, richtete Kottad die Hand und sagte herzlich: „Herr Graf, es ist unendlich liebenswürdig von Ihnen, uns Ihre liebe Frau angeführt zu haben. Frau Gräfin, ich wünsche mich glücklich, Sie in Habsburg, und noch dazu als Nachbarin begrüßen zu können — meine Frau!“

Gräfin Konford, welche die junge Frau beim Eintritt herzlich grüßte, vernahm sie kalt und vornehm, und Helene, die sie fast mit Ehrfurcht begrüßte, sah sie, wie ihre Lippen zitterten, und mußte alle ihre Energie zusammen nehmen, um diese erst, ob, so verzerrliche Schwäche zu befragen. Aber sie war von Jugend an daran gewöhnt worden, sich zu beherrschen; sie wußte, wie notwendig das besonders hier jetzt sei, und wenn sie auch hätte, daß das Amt wieder ihre Augen für einen Moment verließ, nahm sie sich doch tapfer zusammen und erwiderte sogar ein paar Worte auf die Ausrufe des alten Herrn, freilich unbewußt, ohne sich dessen klar zu sein, was sie eigentlich sagte.

Für einen solchen Fall sind unsere gesellschaftlichen Formen aber ganz vorzüglich, denn nur mit dem passenden Ausdruck in den Zügen, darf man wirklich unangenehme, schmerzliche, ja die nämliche Wirkung zu erzielen, wie bei der unerschütterlichen Schwäche. Das für ein Unkraut wird manchmal bei solchen Begrüßungen mit der ernsthaftesten Miene gesprochen, mit der ernsthaftesten Miene erwidert. Es gab nur ein Wort, die man verlor, auf den Sinn dabei kommt es nicht an.

Aus der sozialdemokratischen Partei in Basel. Anlässlich des jüngsten Mauerstreiks in Basel war von der Regierung gegen die Streikenden Militär aufgeboden worden und hatte für diese außergewöhnliche Maßnahme auch das sozialdemokratische Mitglied der Regierung, unser Genosse Wullschlegler, gestimmt. Darüber gab es in den dortigen Parteikreisen natürlich große Erregung und in der jüngst abgehaltenen Parteiversammlung kam die Affäre zur Sprache. Genosse Wullschlegler legte nach dem „Basler Vorwärts“ in einstündiger Rede seinen Standpunkt dar und wies darauf hin, daß seine damalige Handlungsweise sowohl mit der Amtspflicht als Regierungsrath, wie mit seiner privaten politischen Ueberzeugung vereinbar gewesen sei. Mit 62 gegen 55 Stimmen wurde sodann Uebergang zur Tagesordnung beschlossen, während ein Antrag auf Ertheilung eines Tadelns nur 25 Stimmen erhielt. Der „Basler Vorw.“ erschöpft seinen Bericht über die betreffenden Verhandlungen in diesen wenigen Zeilen. Die Wichtigkeit der Sache, die weit über Basel hinaus Bedeutung hat, hätte die Mittheilung der wichtigsten Partien aus der Rede des Genossen Wullschlegler als notwendig erscheinen lassen.

Aus Mail und Bern

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am Freitag Vormittag Genosse Bernh. Adlung, Redakteur der „Mainzer Volkszeitung“, vor der Ersten Strafkammer über die von ihm kritische Essener Kaiserrede zu verantworten. Die Beleidigung sollte in zwei Artikeln der „Mainzer Volkszeitung“ erfolgt sein. Oberstaatsanwalt Dr. Schmidt beantragte drei Monate Gefängnis. Der Verteidiger plädierte auf Freisprechung eventuell Festungshaft. Das Gericht setzte den Urtheilspruch auf acht Tage aus.

Eine Schwurgerichtsverhandlung ohne Geschworene. Der seltene, noch nicht vorgekommene Fall, daß eine Schwurgerichtsverhandlung ohne Geschworene stattfand, ereignete sich am letzten Mittwoch beim Landgericht I in Berlin. Die Gebrüder Gustav und Richard von Bankowitz, der Erste zu 1 1/2 Jahren, der Letzte zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Der Verteidiger des Richard Kochlich legte gegen das diesen betreffende Erkenntnis Revision ein. Das Reichsgericht erachtete den Schuldspruch der Geschworenen für zu Recht bestehend, hob aber das Urtheil auf, weil der Schwurgerichtshof bei Ueberschätzung der Strafe den § 240 Str.-G.-B. zur Anwendung gebracht hatte, während der § 239 Str.-G.-B., der eine mildere Auffassung zulasse, hätte maßgebend sein müssen. So hatte die erneute Schwurgerichtsverhandlung sich nur mit dem Strafmaß zu beschäftigen. Der Gerichtshof trat zunächst in Berathung darüber, ob eine neue Beweisaufnahme zulässig sei. Es kam in dieser Beziehung zu einer Bejahung. Die Zeugenernehmung fiel zu Gunsten des Angeklagten aus; es handelte sich nur um Gegenstände im Gesamtwerthe von etwa zwanzig Mark, die der Angeklagte bei Seite geschafft hatte. Der Staatsanwalt beantragte diesmal nur eine Gefängnißstrafe von drei Wochen. Der Verteidiger führte aus, daß er den Angeklagten überhaupt nicht für schuldig halte. Der Schuldspruch der Geschworenen müsse aber bestehen bleiben. Er bat den Gerichtshof, auf eine niedrige Geldstrafe zu erkennen. Der Gerichtshof folgte diesem Antrage, das Urtheil lautete auf 30 Mark Geldstrafe.

Keine Musterwirtschaft hat nach den Feststellungen des Schöffengerichts in Magdeburg in dem Betriebe des Meisters der Modistin Ida Stappenbeck geherrscht. Dort verkehrte nicht nur weibliche, sondern auch männliche Kundschafft, was aber über die Zwecke der letzteren erzählt wurde, führte das Gericht mehr auf die Keberei und Prahlerei der Lehrmädchen zurück. Die Redakteure der „Neuesten Nachrichten“, Breitbarth, und der „Volksstimme“, Genosse Ritsch, die von der „Keberei“ durch zwei Verhandlungen vor dem Gewerbegericht erfahren hatten, wurden wegen Weiterverbreitung derselben zu je 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

Schönheit vor dem Fall. Wir lesen in unserem Giesener Parteiblatt: Es war am Abend des 3. Mai von Wiesbaden herein bewegte sich wie eine riesige feurige-bunte Schlange ein großer Fackelzug — unsere Genossen, die von der Kaiserfeier in Wiesbaden zurückkehrten. Von der Ferne sah der Zug wunderbarlich aus und bildeten sich hier und da Gruppen und betrachteten das herrliche Schauspiel. In einer

„Sie sind erst ganz kürzlich hier in Habsburg eingetroffen?“ wandte sich die Gräfin Konford an ihren jungen Besuch, dem über etwas ruhige gesprochen werden.

„Gestern, Frau Gräfin,“ erwiderte Helene und schüttelte sich nicht stark genug, das Auge zu der Frau zu erheben, während Felly, indem er mit dem Grafen sprach, die Züge der Dame scharf wahrte.

„Und Sie beabsichtigen, sich hier bleibend niederzulassen?“

„Ich hoffe so, — die Gegend — ist so unendlich ansprechend.“

„Da haben Sie Recht, meine Gnädigste,“ lächelte der alte Herr; „es sollte Ihnen schwer werden, in Deutschland einen noch schöneren Punkt zu finden, wenn es auch vielleicht noch viele eben so schöne in unserem Vaterlande geben mag — aber wollen die Herrschaften nicht Platz nehmen?“

Die Damen lehnten sich auf das Sopha, die Herren nahmen Stühle, und das Gespräch wurde, da es an Stoff nicht fehlte, allgemein. Auch Helene, da Felly und Graf Konford Theil daran nahmen und das Auge der Gräfin nicht mehr allein auf ihr haftete, schüttelte sich erleichtert und nachgelassener.

„Aber Sie sind doch jedenfalls eine Deutsche, Frau Gräfin?“ sagte Graf Konford, als Helene eben von ihren Kindern erzählte und wie sie sich gestern an dem Jahrmarsch geübt; „Sie sprechen wenigstens ganz vorzüglich Deutsch, und man hört Ihnen nicht einmal einen Dialekt an.“

„Allerdings,“ erwiderte Helene, tief erröthend, „ich bin in Deutschland geboren, wenn auch größtentheils in einem transalpinischen Land erzogen.“

solchen Gruppe trat ein Feldwebel und als er hörte, daß es von der Kaiserfeier zurückkehrende Arbeiter waren, nach denen man blicke, wandte er sich verächtlich mit den Worten ab: „So das sind die Lumpen!“ „Wieso können Sie wissen, daß das Lumpen sind?“ bemerkte ein in der Nähe befindlicher Arbeiter, „diese Leute arbeiten die ganze Woche und müssen ihr Brod ehrlich verdienen!“ — Am Dienstag darauf wurde jener Feldwebel — Fiedel ist sein Name — verhaftet, weil er sich als Verwalter des Offizierskasinos Unterschlagungen hatte zu schulden kommen lassen. Wer ist nun der Lump?

Ein gerückter Hausherr. In der letzten Woche erregte sich in Neu-Sachsen ein Fall, welcher bei Hausbesitzern wohl selten vorkommt, wohl aber öfters bei Miethern. Es ist nämlich, wie der „Fr. W.“ mittheilt, ein Hausbesitzer zu nachtschlafener Zeit „gerückt“. In der Bahnhofstraße kaufte ein Mann ein Haus im Preise von 24 000 Mark. Leider hatte der Hausbesitzer aber mit dem Vermietern der Wohnungen Pech, so daß seine Wohnungen längere Zeit leer standen. Es kam die Zeit, wo die Kapitalzinsen fällig waren, aber es war kein Geld da. Am Mitternacht fuhr nun ein Möbelwagen vor, der Hausbesitzer packte seine Mobilien in den Wagen und suchte das Weite. Wohin er reiste, ist nicht bekannt.

Der „Veronica“-Mordprozess. Donnerstag wurde, wie bereits kurz gemeldet, vor dem Schwurgericht in Liverpool der Prozess gegen die drei Matrosen von der englischen Segelbarke „Veronica“ zu Ende geführt, die beschuldigt waren, im Dezember auf hoher See ihren Kapitän, die beiden Offiziere und vier Matrosen ermordet zu haben. Die drei Angeklagten hießen Otto Monson, Gustav Rau und William Smith. Die beiden ersten sind deutsche, Smith Amerikaner. Es ist über diesen furchtbaren Mord früher näher berichtet worden. Die Untersuchung ergab, daß Rau der Hauptverbrecher und Anführer der Verschwörung war; sechs von den sieben Offizieren und Matrosen brachte er mit eigener Hand um. Die Aussagen des zur Theilnahme an der Meuterei gezwungenen deutschen Matrosen Flohr, der als Kronzeuge auftrat, ergaben die Schuld der Angeklagten in vollem Maße. Flohrs Aussagen deckten sich vollständig mit denen des schwarzen Kochs, der bekanntlich zuerst Enthüllungen über das Verbrechen gemacht hatte. Rau versuchte bis zuletzt die Sache so darzustellen, als seien die Offiziere die Ungläubigen gewesen und als hätten die Ueberlebenden lediglich in Nothwehr gehandelt. Dabei wollte er sich an dem schwarzen Koch rächen, indem er behauptete, dieser habe in dem Kampf gegen die Offiziere die Führung übernommen und die verschiedenen Mordthaten ausgeführt. Da einer der Geschworenen in der Schlussprüfung erkrankte, so mußten seinem Ersatzmann die ganzen Akten noch einmal vorgelesen werden. Die Angeklagten zeigten keine Spur von Reue oder Erregung und nahmen das Todesurtheil mit vollständigem Gleichmuth hin. Das Urtheil dürfte an den Angeklagten Rau und Smith zur Vollstreckung gelangen, während Monson vom Gerichtshof zur Begnadigung empfohlen wurde, weil er nur aus Furcht für sein Leben an dem Verbrechen auf Raus Befehl theilnahm.

Sprechsaal.

Eingefandt.
Die lokalen eingeschriebenen Hülfstrankenkassen in Schleswig-Holstein, Lauenburg, Fürstenthum Lübeck, Hamburg und Lübeck machen wir hierdurch aufmerksam auf die Einberufung einer

Delegirten-Konferenz der genannten Hülfstrankenkassen zum Donnerstag (Simmelfahrtstag), den 21. Mai 1903, nach dem „Conventgarten“ in Neumünster.

- Tagesordnung:
1. Geschäftliches.
 2. Berathung der Bestimmungen für den Bezirksverband und Konstituierung desselben.
 3. Wahl des Bezirksvorstandes.
 4. Bericht über den Krankenkassen-Kongress in Berlin.
 5. Berprechung über die neue Krankenkassen-Statute.
 6. Verschiedenes.
- Beginn der Verhandlungen 10 1/2 Uhr Vormittags.
Indem wir um zahlreiche Besichtigung der Konferenz eruchen, machen wir noch auf die Wichtigkeit des Zusammenschlusses aller oben bezeichneten Hülfstrankenkassen zu einem Bezirksverband des Verbandes der freien Krankenkassen und Begräbniskassen Deutschlands aufmerksam.
Mit kollegialischem Gruß
Der Vorstand der Allgemeinen Krankenkasse „Seimat“.

in dem Amerika eine Wirtschaft sein! Der Krieg nimmt gar kein Ende und dauert doch schon über Jahr und Tag.“

„Wir kommen nicht aus den nordamerikanischen Freistaaten,“ erwiderte Felly, „und haben, wo wir wohnen, wenig von dem Bürgerkrieg selbst gehört. Unser Aufenthalt — und sein Bild — ruhte dabei wie völlig abstrahlos auf der Gräfin — lag in Brasilien.“

„In Brasilien?“ sagte diese fast unwillkürlich.
„Ei, das laß ich mir eher gefallen“, rief aber auch Graf Konford; „dort sollen doch wenigstens geregelte Zustände sein, wenn man sich eben mit der vielleicht nicht immer angenehmen Hitze befreunden kann. Ich habe selbst einen etwas weitläufigen Verwandten in Rio. Wo haben Sie gelebt?“

„In einer der südlicher gelegenen Kolonien“, sagte Felly, einer direkten Antwort noch vor der Hand ausweichend.

„In der That“, sagte der alte Herr, „dann freilich müssen wir Ihrer lieben Frau Gemächten um so dankbarer sein, wenn sie von unserer Gegend befreit ist, denn mit den Tropen können wir uns allerdings nicht messen. Aber schon ist es trostlich hier bei uns; bitte, Frau Gräfin, treten Sie einmal hier auf die Terrasse und sehen Sie, wie allerliebste das alte Habsburg da unten liegt; dort rechts hinüber glaub ich auch sogar, daß man das Dach Ihres eigenen Hauses von hier erkennen kann, auch ein Stück vom Hause selbst.“

„Ah, da kommt auch George — mein Sohn — Gräfin Kottad.“

Helene war mit dem alten Herrn vor das Haus auf die offene Terrasse getreten, um sich die Aussicht zeigen zu lassen; ergriff sie doch selber mit Freunden die Gelegenheit, gerade jetzt, wo Brasilien zuerst genannt worden, hinaus an die freie Luft zu treten, um sich durch keine Bewegung, durch kein Erröthen zu verrathen. (Fortsetzung folgt.)